

AL

ELFCATZ
LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

927 / HEFT 44

BERLIN, DEN 2. NOVEMBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU / Bilanz / Pjatnitski
Wie die Ultralinken und Sozialdemokraten die KPD „kritisieren“ / Bucharin
Die Parole der Sowjets im Wiener Juli-Aufstand / Rodin: Probleme der
permanenten Arbeitslosigkeit in Deutschland / Bücher- und Zeitschriftenschar

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 44

2. NOVEMBER

I N H A L T

| | Seite |
|--|-------|
| Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU | 2127 |
| Bilanz | 2131 |
| O. Pjatnizki: Wie die Ultralinken und Sozialdemokraten die KPD „kritisieren“ | 2135 |
| N. Bucharin: Die Parole der Sowjets im Wiener Juli-Aufstand | 2145 |
| J. J.: Eine Charte der Menschewiki über die Sowjet-Gewerkschaften | 2148 |
| Brief an die Exekutive der KI und an das ZK der KPSU | 2161 |
| Peter Rodin-Berlin: Probleme der permanenten Arbeitslosigkeit in Deutschland | 2163 |
| N. L.: Vergessene Worte | 2173 |

P R E I S

| | |
|------------------------------------|-----------------|
| Einzelheft | Reichsmark 0,30 |
| Per Kreuzband | 0,40 |
| Postabonnement monatlich | 1,— |
| Per Kreuzband monatlich | 1,25 |
| Postabonnement Quartal | 3,— |
| Ausland: Sowjet-Union | 3 Rubel Quartal |
| Vereinigte Staaten | 2 Dollar |

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DAS VEREINIGTE PLENUM DES ZK UND DER ZKK DER KPSU, 21.—23. OKTOBER 1927

Die Resolutionen des Oktober-Plenums des ZK der KPSU (die Direktiven zur Aufstellung eines Fünfjahresplanes für die Volkswirtschaft, die Thesen über die Arbeit im Dorfe) bedeuten einen Markstein in der Geschichte der KPSU.

Der Ausgangspunkt der ersten Resolution ist folgender:

„Das Fazit des seit dem Tage der Oktoberrevolution verflossenen Jahrzehnts zeigt die ungeheure internationale Bedeutung dieser Revolution als eines Bestandteiles des großen internationalen Revolutionsprozesses, der die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umwandelt“ und „Das Fazit der wirtschaftlichen Entwicklung seit Beginn der neuen ökonomischen Politik . . . hat voll und ganz die These Lenins bestätigt, daß wir in unserem Lande alles haben, was zu dem Aufbau des Sozialismus notwendig und hinreichend ist.“

Von den großen Erfolgen im sozialistischen Aufbau in der verflossenen Periode und insbesondere im Zeitabschnitt seit dem 14. Kongreß der KPSU ausgehend, zeichnen die Resolutionen des Plenums neue entschlossene Maßnahmen für die Sache des Aufbaues, der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft, des Kampfes gegen die kapitalistischen Elemente in der Sowjetrepublik auf. Der Uebergang zum 7stündigen Arbeitstag, die Befreiung weiterer 10 Prozent der Bauernschaft von der Landwirtschaftssteuer als Ergänzung zu den 25 Prozent der bisher bereits befreiten, die Bodenregulierung für die arme Bauernschaft sowie die Versorgung der alten armen Bauern durch den Staat — all diese im Manifest des Zentralexekutivkomitees enthaltenen Maßnahmen deuten zusammen mit dem ganzen konkreten Aktionsprogramm, das in den Resolutionen des Plenums entworfen ist, darauf hin, daß wir in der Sowjetrepublik hinsichtlich des sozialistischen Aufbaues in eine neue Etappe eintreten und uns auf eine höhere Stufe erheben; und dies ist nichts Zufälliges. Der Uebergang zum 7stündigen Arbeitstag ist allein deshalb möglich, weil die Sowjetrepublik bereits in die Periode des Neuaufbaus und der sozialistischen Rationalisierung der Industrie eingetreten ist. Eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung der Kollektivisierung der Landwirtschaft in Verbindung mit einem noch energischeren und forcierteren Vorstoß gegen den Kulak im Dorfe ist gegenwärtig nur deshalb möglich, weil das Niveau der Bauernwirtschaft sich in den letzten Jahren bedeutend gehoben, die Organisation der Dorfarmut sich gefestigt hat und weil die Verbindung des Proletariats mit der ungeheuren Masse der mittleren Bauernschaft seit der Zeit der 14. Parteikonferenz und des 14. Kongresses wesentlich erstarkt ist. Die neuen Aufgaben, die sich die Partei gegenwärtig stellt, resultieren logisch aus der gesamten vorangegangenen Arbeit der Partei und stehen mit ihr in engstem, kontinuierlichem Zusammenhang.

Die Resolutionen des Plenums sind so inhaltsreich, daß wir hier keine Möglichkeit haben, sie eingehend zu behandeln. Sie bieten Material für eine ganze Reihe von Aufsätzen, die wir in dieser unserer Zeitschrift zu veröffent-

lichen hoffen. Heute sei nur gesagt, daß der konkrete Gehalt dieser Resolutionen von den durch die KPSU in den Jahren der NEP aufgespeicherten Erfahrungen, von dem Eindringen des Planprinzips in alle Poren des komplizierten Wirtschaftslebens der Sowjetrepublik zeugen. Die Resolutionen geben die Direktiven für die Lösung einer großen Zahl von schwierigen Teilproblemen der Sowjetökonomik. Durch diesen ganzen dichten Wald von größeren und kleineren Teilproblemen blinkt jedoch die leitende Idee, die der Partei von Lenin vermacht wurde:

„Wir müssen einen Staat aufzubauen suchen, in dem die Arbeiter die Führung der Bauernschaft behalten, das Vertrauen der Bauern bewahren und bei größter Sparsamkeit aus ihren gesellschaftlichen Beziehungen jede Spur unnützen Aufwandes verschrecken . . . Sollte das nicht etwa ein Reich bäuerlicher Beschränktheit werden? Nein. Wenn der Arbeiterklasse die Führung der Bauernschaft gesichert bleibt, so werden wir die Möglichkeit haben, durch allergrößte Sparsamkeit in der Wirtschaft es in unserem Staate zu erreichen, daß jede kleinste Ersparnis für die Entwicklung unserer Großindustrie ausgenützt wird . . . Darin und nur darin kann unsere Hoffnung bestehen. Nur dann werden wir imstande sein, figürlich gesprochen, uns von einem Pferd auf's andere zu setzen: und zwar vom verhungerten Bauernpferd . . . auf das Pferd, das das Proletariat sucht und nur suchen kann, auf das Pferd der maschinellen Großindustrie . . .“ („Lieber weniger aber besser“, — 4. März 1923.)

Die trotzkistische Opposition, die das Vermächtnis Lenins nicht versteht oder (soweit es sich um Sinowjew und Kamenew handelt) zu verstehen aufgehört hat, sieht keinerlei Zusammenhang zwischen den neuen Aufgaben, die soeben von der Partei aufgestellt wurden, und jener ungeheuren Kleinarbeit, die die Partei in den letzten zwei Jahren geleistet hat. Deshalb beurteilt die Opposition diese Aufgaben als „linken Zickzack“ auf dem Wege des Hinabgleitens zum „Ustrjalowismus“, deshalb erköhnt sie sich, diesen Schritt als „gewandtes Wahlmanöver“ am Vorabend des Parteitages zu bezeichnen. Die elenden Bankrotteure gingen in ihrer Verblendung soweit, auf dem Plenum gegen das Manifest des Zentralexekutivkomitees zu stimmen, d. h. gegen den 7stündigen Arbeitstag, ohne es selbst für nötig zu halten, irgendeine Erklärung über das Motiv dieser beschämenden Opposition abzugeben.

Eine solche Abstimmung ist unter Kommunisten wahrlich unerhört. Wer aber die Evolution der trotzkistischen Opposition verfolgt hat, der wird sich darüber nicht wundern. Indem sie von einem tiefen Unglauben gegenüber der Möglichkeit, den Sozialismus in der Sowjetrepublik aufzubauen, ausgeht und sich dank dieses Unglaubens in zunehmendem Maße vom Parteileben, von jener schweren heroischen Arbeit löst, die die Arbeiterklasse und ihre Partei geleistet hat, indem sie sich dank der Logik des Fraktionskampfes von einer steigenden Wut gegen die Partei fortreißen läßt, verlor die Opposition alle Perspektiven und konnte so in diesen Jahren der sicheren und durchdachten Politik der Partei nur „die größten, prinzipienlosen Schwankungen oder eine Politik, die mit dem Leninismus nichts gemein hat“ gegenüberstellen. Dies wird im Schlußteil der ersten Resolution des Plenums und in der Resolution über die Arbeit im Dorfe klar formuliert:

„Auf dem Gebiete der Rationalisierung der Wirtschaft . . . schwankte die trotzkistische Opposition von der Losung einer „straffen Konzentration“ und eines Druckes auf die Arbeiter (mit der Schließung solcher Riesenwerke der proletarischen Industrie wie die Putilow-Werke, des Brjansk-Werks usw.) gewissermaßen bis zur Ablehnung der Rationalisierung. Die wichtigste These Lenins, die der gesamten wirtschaftlichen Orientierung zugrunde liegt . . ., daß die proletarische Industrie dem Bauer billigere

Waren liefern müsse als es durch das kapitalistische System geschehen sei, wurde durch die Opposition offenkundig abgelehnt. Sie stellte die These auf, daß man eine Politik der Steigerung der auch ohnedies hohen Preise verfolgen müsse.“

Einen prinzipiellen Unterschied zwischen der Oekonomie des Dorfes in der Sowjetrepublik bei Bestehen der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Kommandohöhen und dem Differenzierungsprozeß der Bauern in den kapitalistischen Ländern leugnend,

„stellte die Opposition in vollkommenem und prinzipiellem Gegensatz zu dem gesamten Genossenschaftsplane Lenins, der auf einer Finanzierung der Genossenschaften bestand, die These des Herausziehens des genossenschaftlichen Kapitals aus der Sphäre des Handels auf und glaubte damit die Lage der Industrie erleichtern zu können. — Dies ist eine bürokratische Verwaltungspolitik, die die Sache des realen und lebendigen Bündnisses mit der Bauernschaft in die Hände des Privatkapitals legen würde.“

Sich in eine internationale Fahne hüllend (die These Trotzki darüber, daß die Sowjetwirtschaft ein organischer Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft sei) vertritt die Opposition in Wirklichkeit eine wirtschaftliche Verbindung mit dem internationalen Kapital (die Forderung der größtmöglichen Ausdehnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen), die zu einem Zusammenbruch des sozialistischen Aufbaues führen würde,

„die bei ihrer konsequenten Anwendung die Aufhebung des Außenhandelsmonopols und eine wirtschaftliche und militärische Kapitulation vor der internationalen Bourgeoisie bedeuten würde . . . In vollem Gegensatz zu Lenin, der vor einem ‚überindustriellen‘ Standpunkt direkt warnte, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, mit der ganzen Hauptmasse der Bauernschaft Schritt zu halten, der die billigen Phrasen über die bäuerliche Beschränktheit abwies, schlägt die Opposition vor, sich außerhalb dieser Masse zu bewegen . . . Daraus die These über die ‚Entartung‘, den ‚Thermidor‘ und andere Thesen, die dem ustrjalowistischen-menschewistischen Arsenal entnommen sind, folgernd, versucht die Opposition, die Arbeiterklasse ideologisch zu mobilisieren, indem sie vom bolschewistischen Gleis des energischen sozialistischen Aufbaues auf das menschewistische Gleis eines ‚kritischen Verhaltens‘ gegenüber dem Klassenwesen dieses Aufbaues überhaupt übergeht. Indem sie sich zur Sache der Rationalisierung der Industrie ablehnend oder in bestem Falle ‚neutral‘ verhält, versucht die Opposition in ihren demagogisch-agitatorischen Forderungen, sich auf die Vorurteile und Beschränktheit der rückständigen Schichten des Proletariats mit einer halb bäuerlichen, halb Verbraucher-Psychologie zu stützen.“

Dieses ablehnende Verhalten zur sozialistischen Rationalisierung der Industrie ist u. a. einer der Gründe der beschämenden Tatsache, daß die Opposition gegen den 7stündigen Arbeitstag, der nur in Verbindung mit der Rationalisierung der Industrie durchgeführt werden kann, gestimmt hat.

Als letzter Punkt stand die Frage des Ausschusses der Genossen Trotzki und Sinowjew aus dem ZK der KPSU auf der Tagesordnung. Anstatt dem obersten Organ der Partei wegen der Verbrechen, die sie seit dem vorigen Plenum begangen haben, Rede zu stehen, hatten Sinowjew und Trotzki den traurigen Mut, Anschuldigungen gegen die Partei vorzubringen. Genosse Sinowjew zog folgende „Bilanz“ der Tätigkeit des Zentralexekutivkomitees: 1. die Niederlage der chinesischen Revolution; 2. der Bruch mit England; 3. der beinahe erfolgte Bruch mit Frankreich; 4. die Arbeitslosigkeit; 5. die neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten; 6. der Vorstoß der Kulaki im Dorfe; 7. das Zurückbleiben der Industrie hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung; 8. der Stillstand des Arbeitslohnes; 9. die Spaltung der Komintern. Wenn man von den letzten Punkten absieht, die man einfach als schamlose Lügen bezeichnen muß, so könnte man nach der Methode Sinowjew und nach dem Muster seiner „Bilanz“ beispielsweise folgende „Bilanzen“ auf-

stellen: die „Bilanz“ der Arbeit der bolschewistischen Partei mit Lenin an der Spitze in der Epoche der ersten russischen Revolution: die Niederlage des Dezember-Aufstandes, die Niederlage der Revolution in ihrer Gesamtheit und der Triumph der Stolypinschen Reaktion. Die „Bilanz“ der bolschewistischen Partei mit Lenin an der Spitze in der Epoche des „Kriegskommunismus“: der „gemeine“ Brester Friede, der Kronstädter Aufstand und der Hunger im Jahre 1921. Die Bilanz der Tätigkeit der Komintern unter dem Vorsitz Sinowjews: Niederlage der deutschen Revolution; Niederlage der Aufstände in Bulgarien und in Estland und teilweise Stabilisierung des Kapitalismus. Es darf nicht wunder nehmen, daß man Sinowjew, als er seine „Bilanz“ der Arbeit des ZK verlas, zurief: „Sie haben das Erdbeben in der Krim vergessen.“

Dieser Hohn auf die Partei, diese unerhörten Frechheiten, mit denen sich die anderen Führer der Opposition zu solidarisieren beeilten, konnten nur als Provokationen von Leuten aufgefaßt werden, die nichts mehr zu verlieren haben. Das Plenum des ZK, das auf diese Provokationen nicht einging, tat all das und nur das, was es im gegenwärtigen Augenblick, am Vorabend des Parteitages zu tun für nötig hielt — es schloß die Hauptführer der Opposition, die Genossen Trotzki und Sinowjew aus dem ZK aus. Die Oppositionellen fragten mit dreister Stirn: Warum hat das Plenum des ZK und der ZKK Trotzki und Sinowjew einen Monat vor dem Kongreß ausgeschlossen? Weil dies schon lange der Wille der ungeheuren Mehrheit der einfachen Parteimitglieder war, die es nicht begreifen, wie die unerhörten Verletzungen der Parteidisziplin durch die ehemaligen Führer ungestraft bleiben können, während man von einem jeden einfachen Parteimitglied verlangt, es solle die Disziplin bewahren; weil das Plenum des ZK vor dem Parteikongreß das Zögern nicht rechtfertigen könnte, nachdem die Tätigkeit der Opposition bereits nicht nur über den Rahmen der Parteilegalität, sondern auch über den Rahmen der Sowjetlegalität, d. h. über den Rahmen der proletarischen Diktatur hinausgegangen ist. Das Zentralkomitee der Partei dachte nicht einmal daran, solche organisatorischen Schritte gegen den Genossen Trotzki zu unternehmen, als er versprach, „vor der Partei stramm zu stehen“. Das Zentralkomitee zeigte die allergrößte Zurückhaltung und Geduld, als die Führer der Opposition ihre feierlichen Erklärungen über den Abbruch der Fraktionsarbeit abgaben, obwohl diese Deklarationen unaufrichtig waren, obwohl die Opposition ihr Wort brach. Das Zentralkomitee konnte aber auch nicht einen Tag länger die organisatorischen Maßnahmen gegen die Führer der Opposition hinausschieben, die die Zurückhaltung des Zentralkomitees als Schwäche auslegten, als die Führer der Opposition illegale Druckereien anzulegen, ihre desorganisatorische Arbeit über den Rahmen der Partei hinauszutragen begannen, indem sie an die Parteilosen appellierten und sich für ihre zerstörende Arbeit der Dienste bürgerlicher Intellektueller bedienten, als sie die Dokumente ihrer Plattform, die von giftiger Verleumdung gegen die Partei strotzte, illegal zu verbreiten, im Organ der Renegaten Ruth Fischer und Maslow Nachrichten zu veröffentlichen begannen, die die elementarsten Regeln der Disziplin verletzten, als eine „dritte Kraft“, d. h. die der Sowjetgewalt offenkundig feindseligen, konterrevolutionären Kräfte auf die zerstörende Arbeit der

Opposition zu spekulieren begannen und verschiedenerorts mit Elementen in unmittelbarem Kontakt traten, die mit der Opposition in Verbindung stehen usw. usw.

Das Zentralkomitee wäre nicht das Zentralkomitee einer Leninschen Partei, wenn es unter solchen Bedingungen nicht den Schritt getan hätte, der als das Mindeste im Interesse des Schutzes der Partei und der Sowjetgewalt zu betrachten ist; es hat sich aber damit nicht begnügt und konnte es auch nicht tun. Es beschloß, alle Daten über die spalterische Tätigkeit der Führer der trotzkistischen Opposition ebenso wie der Gruppe W. Smirnow-Sapronow, dem 15. Parteitag zu unterbreiten.

Entgegen den heuchlerischen Klagen der Opposition wegen des „Druckes“ des Apparates sowie darüber, daß man der Opposition keine Möglichkeit gebe, die Partei mit den Ansichten der Opposition bekannt zu machen; gegenüber diesen Klagen, die von allen Feinden der proletarischen Diktatur, allen Anhängern der bürgerlichen Pressefreiheit, d. h. der Freiheit der Verleumdung der Sowjetmacht, aufgegriffen wird, bereitet sich der 15. Parteitag unter solchen Bedingungen der innerparteilichen Demokratie vor, wie bisher noch kein Parteitag. Noch nie wurden am Vorabend eines Parteitages die Stenogramme der Plenums des ZK, die für einen engen Kreis von verantwortlichen Parteiarbeitern bestimmt sind, in allen Zellen verlesen. Die ganze Partei bis zu den untersten Zellen ist von den von der Opposition angeführten Argumenten, von all ihren verleumderischen Angriffen auf das ZK vollkommen unterrichtet. Gerade deshalb kann keinerlei Zweifel darüber bestehen, daß der 15. Parteitag sein gewichtiges Wort sprechen, daß er der verbrecherischen Fraktionsarbeit der Opposition ein Ende machen wird, daß er die oppositionelle Fraktion zermalmen und über sie hinweg zur großen Arbeit des sozialistischen Aufbaus schreiten wird.

B I L A N Z

Die Feier des Oktoberkampfes gestaltet sich immer mehr zu einem mächtigen Faktor der Mobilisierung und Organisierung der Kräfte der internationalen, revolutionären Bewegung. Aehnlich wie der Oktober des Jahres 1917 zum Flammenzeichen für die Proletarier aller Länder wurde, bedeutet der Oktober des Jahres 1927, indem er vor dem Angesicht der ganzen Welt das Ergebnis der zehnjährigen Erfahrung der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaus entrollt, eine neue Etappe im Kampfe zwischen der proletarischen Revolution auf der einen und der imperialistischen Bourgeoisie samt dem verräterischen Reformismus auf der anderen Seite. „... Ob dies nun unseren Gegnern gefällt oder nicht, aber objektiv stellt sich schon die bloße Entstehung des Staates der proletarischen Diktatur als größter revolutionärer Faktor dar“ — sagte Genosse Rykow, als er in der Jubiläumssession des Zentral-Exekutiv-Komitees die internationale Bedeutung der Oktober-Revolution würdigte. Das in dieser Session angenommene Manifest bildet ein neues Glied in diesem internationalen Kampfe. „Dies ist unsere revolutionäre Bilanz“ — erklärt mit diesem Manifest die proletarische Revolution ihren Freunden und Feinden in der ganzen Welt. Eben dies

zwingt den internationalen Reformismus, nun seinerseits die zehnjährige Bilanz seines verräterischen Spiels vorzulegen. Es kann ihm nicht entgehen, daß die bloße Gegenüberstellung dieser beiden Bilanzen schon das Todesurteil über das ganze reformistische System der Dienstfertigkeit vor der Bourgeoisie, des Schutzes der kapitalistischen Gesellschaft vor den Hieben des Klassenhasses der Ausgebeuteten und Geknechteten in sich schließt. Ob dieses Todesurteil an der verwesenden bürgerlichen Gesellschaft heute oder morgen vollzogen wird, hängt vom Kräfteverhältnis, vom Gang der Kämpfe und in bedeutendem Maße davon ab, mit welcher Geschwindigkeit sich der Prozeß der Befreiung der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse vom Einflusse des reformistischen Betrugs vollziehen wird. Aber auf die Tagesordnung gesetzt ist das Urteil schon durch die zehnjährige Erfahrung des Oktoberkampfes.

Das Manifest des Zentral-Exekutiv-Komitees der UdSSR an die Proletarier aller Länder und an die unterdrückten Völker der ganzen Welt ist ein neuer, lebendiger Beweis dafür, wie rasch im Lande der Sowjets der Schöpfer und Erbauer der neuen sozialistischen Gesellschaft, das Proletariat, wächst, wie die Form seiner Klassenführung im Wege der Einbeziehung der Dorfarmut und des Mittelbauern in den sozialistischen Aufbau sich vervollkommen und vertieft, mit welchem wachsenden Druck es seinen Vormarsch gegen die Reste der kapitalistischen Elemente im Lande führt. Dieses Manifest ist die Antwort der lebendigen revolutionären Wirklichkeit nicht nur an die Klassenfeinde der proletarischen Revolution, sondern auch an die weniger klassenbewußten, rückständigen Schichten der Arbeiterklasse und ebenso an deren schwankende, pessimistische Betrachtung geneigten Elemente. Die Antwort an die internationale Bourgeoisie ist kurz und einfach: Ihr habt dem Sowjetlande Pest, Vernichtung und Verderbnis vorausgesagt, ihr habt alles dazu getan, daß diese Voraussage verwirklicht werde — und, hier, seht nun das Land der Sowjets! Die Antwort an den verräterischen Reformismus aller Schattierungen und Farben: Ihr lügt den Arbeitern vor, daß die Koalition mit der Bourgeoisie eine historische Notwendigkeit sei, daß das Proletariat unausweichlich erst durch das Fegefeuer des „Burgfriedens“, des „industriellen Friedens“ und, was es sonst noch für Friedensarten mit der Bourgeoisie gibt, gehen müsse, ehe es ins sozialistische Paradies gelangt. Ihr lügt! Das einzige, was eure Koalition der Arbeiterklasse eingebracht hat, das — ist die Verstärkung der imperialistischen Versklavung. Der einzige Weg zum Sozialismus führt über den bolschewistischen Oktober, den erbarmungslosen Kampf mit euch und der Befreiung von Millionen Werktätiger aus eurer Gefangenschaft. Den Kleinmütigen, Schwankenden und Wehleidigen sagt das Manifest: Schüttelt die verderbliche, der Sache des proletarischen Aufbaues so feindselige Melancholie und Wehleidigkeit von euch, reißet euch los aus dem Geisterreich der von euch beschworenen Gespenster. Das Land der proletarischen Diktatur schreitet über die tatsächlich ernstesten Hindernisse und großen Schwierigkeiten hinweg und schreitet vorwärts! Den vielen Millionen seiner Genossen, Brüder und Freunde aber bringt das Manifest die freudige Kunde, daß das Land der Sowjets schon so gefestigt ist, daß sein wirtschaftliches und kulturelles Wachstum eine solche Höhe erreicht hat, daß die

Pläne für die Neueinrichtung und Umgestaltung der Industrie in solchem Maße real sind, daß es möglich war, einen weiteren Schritt auf dem Wege der Hebung der schöpferischen Qualifikation der Arbeiterklasse durch die weitere Verkürzung des Arbeitstages zu tun, einen weiteren Schritt auf dem Wege der rascheren Einbeziehung des Dorfes in den sozialistischen Aufbau, auf dem Wege der erhöhten Anstrengungen zur Ueberwindung der „Nepmann“- und Kulakenelemente in Stadt und Dorf.

Kann der internationale Menschewismus sich dieser Oktober-Herausforderung zur Vergleichung der gegenseitigen „Bilanzen“ stellen? Selbstverständlich — nicht. Und so versucht er, sich ihr dadurch zu entziehen, daß er seine Fälschungsmethoden und Lügen verstärkt. Vor allem muß er seine Bilanz fälschen, indem er trachtet, den Arbeitermassen, entgegen den unabänderlichen Tatsachen, den Gedanken einzuflößen, daß das bürgerliche System wie die Jungfrau Maria „unbefleckt“ geblieben ist und eines schönen Tages — des Sozialismus genesen wird. Dann geht es an die Fälschung der revolutionären Bilanz der Diktatur des Proletariats und deshalb wird auch das Gebell der menschewistischen Möpfe in der reformistischen und bürgerlichen Presse immer aufdringlicher und herausfordernder. In seiner Vor-Oktoberkampagne mobilisieren der „Vorwärts“ und seine Nachkläffer alle Mittel provokatorischer Verleumdung. Und man wird es nur als ganz natürlich ansehen müssen, wenn der menschewistische Stab im entscheidenden Augenblick seine Kampagne durch irgendeine besonders effektvolle Fälschung und Provokation nach Art der „Granaten“ krönt.

Aber all dies reicht selbstverständlich nicht hin. Die sozialdemokratischen Bonzen und Verschwörer können natürlich ihre Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß ihre provokatorische Tätigkeit immer mehr an der Wurzel gefaßt wird, insbesondere durch die Delegationen, welche die Arbeitermassen nach Sowjetrußland entsenden. Diese Form der Verbindung der breitesten Schichten des internationalen Proletariats mit der Oktoberrevolution, der unmittelbaren und unvermittelten Untersuchung der Erfahrungen und Errungenschaften derselben, hat nunmehr nicht nur einen unerhörten Schwung erhalten, sondern sie ist schon im Uebergang zur anschließenden, höheren Entwicklungsstufe begriffen. Wenn die ursprüngliche Form der Delegationen von den reformistischen Führern als ernste Bedrohung ihrer Täuschungstaktik eingeschätzt werden mußte, so treibt die Organisation des Kongresses der „Freunde der UdSSR“ die Oberochsen der Amsterdamer und der II. Internationale in panischen Schreck. So ist die Kampagne voll Bosheit und Raserei zu erklären, welche jetzt die reformistisch-bürgerliche Presse gegen die Arbeitermassen, welche Delegationen entsenden, führt. Dies ist die Ursache jenes Systems unverhüllten Terrors, mit dessen Hilfe nicht nur so ausgekrähte Zeitungen wie der „Vorwärts“, sondern auch die mit der revolutionären Phrase kokettierende „Arbeiterzeitung“ die Entsendung von Delegationen zu sprengen trachten. Anfangs versuchten sie, mit „freundschaftlichen“ Ratschlägen, die durch Drohungen verstärkt wurden, auf die Arbeiter dahin einzuwirken, daß sie auf die Wahl von Delegierten verzichten. Dann aber, als dies nicht gelang, und ungeheure Massen der Arbeiter, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, dennoch ihre Vertreter nach Moskau entsandten, begann die offene Hetze gegen die

Delegierten selbst. Die sozialdemokratischen Parteien drohen mit Ausschluß. Die bürgerliche Presse will mit Skorpionen züchtigen. Die unverhüllten „Schwarzhunderter“ von der Art der „Morning Post“ halten dies alles für unzureichend und sinnlos über Strafen für die Delegierten. Und diese ganze Verwirrungs- und Repressalienmaschinerie wird in Gang gesetzt, um dem internationalen Proletariat die zehnjährige Bilanz der Oktoberrevolution zu verheimlichen. Ein Werk, ebenso abscheulich wie vergeblich! Den reformistischen Führern wird es so wenig als den bürgerlichen Zucht-hausvögten gelingen, die immer leuchtender flammende Fackel der Weltrevolution — den Bund der Sowjetrepubliken im Dunkel zu halten!

An diesem Treiben zur Verfälschung der Bilanz der Oktoberrevolution nehmen auch, Schulter an Schulter mit den Sozialverrättern, die ultralinken Opportunisten teil. Ist es vielleicht ein Zufall, daß sich gerade zur zehnjährigen Wiederkehr der Oktoberrevolution eine „Herzengemeinschaft“ zwischen allen ultralinken Gruppierungen Deutschlands bildet? Die Maslowsche „Fahne des Kommunismus“ ruft zur Vereinigung aller „linken“ Elemente auf; die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ enthüllt den Sinn dieser verschämten Formulierung, indem sie Ruth Fischers Erklärung in der Kölner Versammlung schwarz auf weiß abdruckt, nämlich, daß sie das Bündnis mit einem Mitglied der kommunistischen Arbeiterpartei jenem mit 10 „Stalinschen Lakaien“ vorzieht. Ist es vielleicht ein Zufall, daß gerade jetzt die Maslowsche Zeitung die sozialverräterische und bürgerliche Presse mit „Argumenten“, d. h. Fälschungen, buchstäblich speist und auf diese Weise mit dieser ihrer Tätigkeit sich der ehrenvollen Rolle nähert, welche seinerzeit die Fälscherwerkstätte Druschelowskis spielte? Ist es ein Zufall, daß die italienischen Bordighisten und die russische Opposition jetzt mit den Emissären von Korsch in Verbindung treten? Ist es ein bloßer Zufall, daß die russische Opposition jetzt, auf dem Oktoberplenum des ZK der KPSU gegen das Manifest des ZEK stimmt, welches die allmähliche Einführung des 7-Stunden-Arbeitstages und eine Reihe entschiedener Schutzmaßnahmen im Interesse der Dorfarmut in der UdSSR ankündigt? Ist es ein Zufall, daß eben jetzt die dreckigen Stiefelabsätze der Deterdinghschen Naphthahelden nicht nur den Blättern des stockreaktionären „Matin“ ihren unverfügbaren Abdruck zeigen, sondern deren Spuren auch in den Spalten der „linken“ sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ sichtbar werden (in ihrer provokatorischen Kampagne gegen das sowjetrussische Naphthasyndikat) und auch in dem Schmierblättchen von Korsch bei seiner provokatorischen Behauptung durchschillern, daß ein imperialistisches Bündnis zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich in Vorbereitung sei?

Aber es gibt keine Kraft mehr, es kann keine solche geben, die fähig wäre, die Verbindung zwischen dem internationalen Proletariat und der Sowjetunion zu durchschneiden oder zu schwächen. Die Oktober-Feier muß und wird zur lebendigen Verkörperung der proletarischen Solidarität und Bande werden. Und allen Sektionen der Komintern erstet die Aufgabe, den Massen die Erfahrungen der Oktoberrevolution zu eigen zu machen und auf diesem Wege das Klassenbewußtsein neuer Schichten des Proletariats zu heben, dessen Aufmerksamkeit auf die Fragen der proletarischen Revolution zu konzentrieren, die revolutionären Arbeiterorganisationen auszubreiten und zu festigen für nahe siegreiche Kämpfe.

O. PJATNITZKI:

WIE DIE ULTRALINKEN UND SOZIAL-DEMOKRATEN DIE KPD „KRITISIEREN“

Einzelne Kapitel der Broschüre „Die organisatorische Arbeit in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder“, die in der in 5 Sprachen erscheinenden Wochenschrift „Die Kommunistische Internationale“ abgedruckt waren, sind in der sozialdemokratischen, gewerkschaftlich-reformistischen, bürgerlichen, ultralinken und kommunistischen Presse rezensiert worden. Außerdem bekam ich auch von einigen russischen Genossen Äußerungen über die innere Lage der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, wie sie in einzelnen Kapiteln der Broschüre geschildert war, zu hören. Sie spiegelten den trüben Eindruck vom Zustand der Parteiorganisation in den Sektionen der Kommunistischen Internationale, von deren Hilflosigkeit usw., wider.

Bevor ich zur Analyse der Kritik der Ultralinken und Gewerkschaftsbürokratie übergehe, will ich zunächst den unrichtigen Eindruck zerstreuen, welchen die russischen Genossen von meiner Broschüre empfangen haben.

Ich kann natürlich die jetzige innere Lage der KPSU unmöglich mit jener in irgendeiner der kapitalistischen Länder vergleichen. War aber etwa die KPSU immer schon eine so mächtige und gut organisierte Partei? Nehmen wir die KPSU im Jahre 1917. Wieviel Parteimitglieder hatte sie anfangs 1917 in ganz Rußland? Es waren 23 000, und zu Ende des Jahres 1917 gab es ungefähr 116 000 Parteimitglieder in ganz Rußland. (Nach den Angaben des Genossen Strumilin.) Anfangs 1918, nach dem Oktobersiege des Proletariats, als die gesamte Arbeiterklasse der Partei folgte, zählte sie 115 000 Mitglieder (Zahlenangabe gleichfalls nach G. Strumilin). Und hat etwa die Struktur der KPSU als Ganzes wie in ihren einzelnen Organisationen sich in den letzten Jahren vielfach verändert? Und waren vielleicht die Wechselbeziehungen zwischen den Parteikomitees und den Gewerkschaftsfraktionen, den Sowjets und anderen Massenorganisationen stets normale? Auch in der KPSU gab es viele Reibungen zwischen den Parteikomitees und Fraktionen, so lange nicht die Praxis selbst die jetzigen Formen ihrer Wechselbeziehungen fertig geschmiedet hatte. Arbeiten etwa alle Parteikomitees, alle Fraktionen, alle Zellen in der KPSU gleich gut? Gewiß nicht. Es genügt, die Rubrik „Aus dem Parteileben“ in der „Prawda“ zu verfolgen, um sich hiervon zu überzeugen. Und unsere kommunistischen Bruderparteien müssen doch unter schlechteren Bedingungen, als sie bei uns nach der Februarrevolution 1917 bestanden, arbeiten. Die Arbeitsbedingungen und die sozialdemokratischen Traditionen in den kapitalistischen Ländern ähneln in nichts den Arbeitsbedingungen und Traditionen, welche bei uns vor der Oktoberrevolution herrschten*.

* Näheres über den Stand der Organisationsarbeit in den Sektionen der Kommunistischen Internationale bis 1926, über die Bedingungen, unter welchen unsere Bruderparteien arbeiten, welche Traditionen sie überwinden müssen und mußten, siehe in meiner Broschüre „Fragen des Parteaufbaus in den Sektionen der Komintern“. Verlag des Gosizdat, 1926.

Und die KPSU hat doch ihre Organisationsprinzipien im Laufe von 25 bis 27 Jahren im Kampfe mit dem Zarismus und dem Opportunismus aller Spielarten innerhalb der eigenen Partei (bis 1910) wie auch außerhalb derselben, festgeschmiedet, während unsere kommunistischen Bruderparteien erst Ende des Krieges, einige sogar erst nach Kriegsende gegründet wurden.

Es ist vollkommen unrichtig, die Lage in den kommunistischen Bruderparteien trübe zu sehen. Die englische, französische, deutsche, tschechoslowakische, polnische, italienische und andere kommunistische Parteien haben schon einen großen und wachsenden Einfluß auf die Arbeiterklasse gewonnen. Im zweiten Kapitel der Broschüre über die Organisationsarbeit wird dies durch statistische Daten dargelegt. Als Bestätigung dienen die bedeutenden Erfolge der Massenaktionen, welche die genannten Parteien in den allerletzten Monaten durchgeführt haben. Die KP Englands hat eine große Kampagne gegen das Gewerkschaftsgesetz, gegen den Bruch mit der UdSSR und gegen die Intervention in China durchgeführt. Sie hat im Bergarbeiterverband gewisse Erfolge erzielt. Die KP Frankreichs hat am 29. Mai 1927 zur Erinnerungsfeier der Kommune eine hunderttausendköpfige Masse zur Demonstration in Paris geführt, während die französischen Sozialisten nur 1500 Demonstranten auf die Beine brachten (die französischen Sozialisten veranstalteten ihre Demonstration einige Tage vor dem 29. und hofften, damit die Pariser Arbeiter irrezuführen, doch das Manöver endete mit einem vollkommenen Blamage). In den letzten Tagen vor der Hinrichtung veranstaltete die KP Frankreichs große Demonstrationen im ganzen Lande, besonders in Paris — gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti. Unter der Führung der KPD verhalfen die Arbeiter ganz Deutschlands dem berühmten Stahlhelmaufmarsch in Berlin zu einem ungeheuern Durchfall, obwohl die Sozialdemokratische Partei sich zum Schutzpatron der Faschisten aufwarf. Umgekehrt aber bereiteten die deutschen Arbeiter dem Roten Frontkämpferbund, der unter dem Einfluß der KPD steht, einen herrlichen Empfang. Die gleichen Erscheinungen waren auch auf fast allen Demonstrationen, die in der letzten Zeit aus verschiedenen Anlässen in ganz Deutschland veranstaltet wurden, zu beobachten. An diesen Demonstrationen nahmen in der Regel breite Arbeitermassen teil. Die letzten Neuwahlen in den Gewerkschaften haben bewiesen, daß die KPD bedeutende Erfolge in der Gewerkschaftsbewegung zu erzielen beginnt. Die KP der Tschechoslowakei führte bis Mitte Mai aus verschiedenen Anlässen 19 weitgreifende Aktionen in- und ausländischen Charakters durch. An diesen Aktionen nahmen breite Massen der Arbeiterschaft teil. Besonders erfolgreich war die Kampagne gegen die Auflösung der KPTsch. Die ganze Regierungspresse (die sozialdemokratische Presse stand hinter der bürgerlichen nicht zurück) führte seit Ende Januar einen eifrigen Feldzug dafür, daß die KPTsch außerhalb des Gesetzes gestellt werde. Dieser Feldzug begegnete einem solchen Widerstand der Arbeiterklasse, daß die Regierungskreise gezwungen waren, den Gedanken einer Auflösung der Kommunistischen Partei zunächst aufzugeben. In Polen haben die letzten Gemeindewahlen gezeigt, wie tiefe Wurzeln die Kommunistische Partei in der polnischen Arbeiterklasse geschlagen hat. Wenn die KP Polens legal wäre, würden von der PPS nur Haut und Knochen übrigbleiben. Die polnischen Arbeiter sind von

der PPS zurückgewichen. Bei den letzten Wahlen haben sie für die Kommunisten gestimmt, ungeachtet dessen, daß die kommunistischen Wahllisten vorher ungültig erklärt worden waren. In vielen Stadtgemeinden der industriellen Gegenden entfiel auf die Kandidatenlisten der KP Polens die Mehrheit. Was die Tätigkeit der illegalen KP Italiens betrifft, so will ich ein Urteil über dieselbe seitens der Konferenz des sozialistischen Jugendverbandes, der Ende Mai 1927 stattfand, anführen:

„Die sozialistische Partei und der sozialistische Jugendverband besaßen nicht die Kraft, der Reaktion Widerstand zu leisten, und zwar nicht nur aus organisatorischen Gründen, sondern vor allem deshalb, weil ihre politische Linie unrichtig war. Fünf Monate gab die sozialistische Partei keinerlei Lebenszeichen, während die KP und die Kommunistische Jugend aktive Tätigkeit entfalteten, ungeachtet dessen, daß sie in höherem Maße den Verfolgungen der Reaktion ausgesetzt waren als alle übrigen Parteien. Auf diese Art haben sie bewiesen, daß sie die wirkliche Avantgarde der italienischen Arbeitermassen sind. Alle revolutionären Kämpfer müssen zugestehen, daß nur die Kommunisten bewirkt haben, daß die Klassengewerkschaften nicht vollkommen vernichtet wurden.“

„. . . Dies beweist, daß nur das politische Programm und die Organisationsmethoden der Komintern den siegreichen Kampf gegen den Kapitalismus und Faschismus verheißen. Wir erkennen, daß es gegenwärtig keinen revolutionären proletarischen Kampf außerhalb dieser Organisationen geben kann und schließen uns daher ihrem Programm an. Wir erklären daher den sozialistischen Jugendverband für liquidiert und schließen uns als klassenbewußte Kämpfer dem Kommunistischen Jugendverband an.“

Einzelne unserer kommunistischen Bruderparteien verfügen noch nicht über genügende Organisationserfahrungen, um ihren schon vorhandenen breiten politischen Einfluß zu befestigen, doch eignen sie sich diese Wissenschaft allmählich auf Grund der eigenen Erfahrungen und im Wege des Erfahrungsaustausches unter den internationalen Organisationen an.

* * *

Im Organ der deutschen Ultralinken „Die Fahne des Kommunismus“ Nr. 12 vom 2. Juni und Nr. 15 vom 24. Juni 1927, sind zwei Artikel veröffentlicht (der eine unter dem schreienden Titel „Pjatnitzki plaudert aus der Schule“), in welchen alle ungünstigen Beispiele aus der Arbeit der KPD, die ich in meiner Broschüre angeführt hatte, aufgezählt sind. In diesen Artikeln wird erklärt, daß die KPD seit dem Ausschluß der Ultralinken im Mitgliederstand, der Abonnentenzahl der Parteipresse und im Einfluß bei den Gewerkschaften zurückgehe. Wir wollen doch prüfen, inwieweit dies der Wirklichkeit entspricht.

Hören wir also, was die Ultralinken schreiben:

„Pjatnitzki plaudert aus der Schule“

„Nach so glänzenden ‚Erfolgen‘ hat man also, in einer viel günstigeren Situation und unter voller ‚Billigung‘ und Unterstützung des EKKI weniger Mitglieder, als die sogenannte ultralinke Zentrale zum Beispiel im ersten Quartal des Jahres 1925 musterte, wo sie im Quartalsdurchschnitt — also nicht nach einem Monat gerechnet! — 140 000 Mitglieder nach den damals nicht gefälschten Abrechnungslisten zählte.“

(„Die Fahne des Kommunismus“ Nr. 12, 2. Juni 1927.)

Ich habe diese Behauptungen mit den offiziellen Abrechnungen der KPD über die zahlenden Mitglieder im Jahre 1925 verglichen und die Ziffer von 140 000 nirgends gefunden. In Wirklichkeit sind die Ziffern folgende:

| | |
|--|---------|
| 1. April 1925 zahlende Mitglieder . . . | 122 755 |
| 1. Juli 1925 zahlende Mitglieder . . . | 114 204 |
| 1. August 1925 zahlende Mitglieder . . . | 121 978 |

Die Fragestellung muß aber über den bloßen Ziffernvergleich der zahlenden Mitglieder, während der ultralinken Parteileitung und unter dem jetzigen ZK der KPD, auf den die Ultralinken sich in der „Fahne des Kommunismus“ beschränken, hinausgehen. Von Mitte des Jahres 1924 bis zum Herbst 1925 waren die Mitglieder der KPD infolge der unrichtigen Politik des ultralinken ZK in den Fragen der Gewerkschaftsbewegung und der Anwendung der Einheitsfronttaktik von der Arbeitermasse isoliert. Ich habe schon in meiner Broschüre darauf hingewiesen, daß die KPD im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom Mai 1924 bei den neuerlichen Reichstagswahlen im Dezember 1924 etwa eine Million Stimmen verlor, bei der Reichspräsidentenwahl infolge Anwendung einer falschen Taktik (entgegen den Weisungen des EKKI) wiederum im Vergleich zum Dezember 1924 mehr als eine Million Stimmen einbüßte; überdies rief diese Taktik außerordentliche Unzufriedenheit unter einem Teile der Arbeiterschaft gegen die KPD hervor, welcher dieselbe beschuldigte, daß sie zur Wahl Hindenburgs beigetragen habe. Solches sind die Früchte der „Arbeit“ der Ultralinken. Und was die von ihnen angeführten Ziffern über die Anzahl der zahlenden Mitglieder betrifft, sind diese gleichfalls unrichtig.

| | |
|-----------------------------|---------|
| 1. September 1925 | 121 741 |
| 1. Oktober 1925 | 129 996 |
| 1. November 1925 | 131 261 |
| 1. Dezember 1925 | 135 824 |

Bis September 1925 waren die Ultralinken für die Tätigkeit des ZK der KPD verantwortlich.

Wenn wir das Mittel der uns zur Verfügung stehenden Zahlen für März, Juni, Juli, August, September, Oktober und November 1925 nehmen, so erhalten wir 125 354 zahlende Parteimitglieder (die Angaben für Januar-Februar sind bei der Organisationsabteilung des EKKI nicht eingegangen). Aus den angeführten Ziffern aber ergibt sich, daß, sowie die KPD sich des ultralinken ZK (Ruth Fischer usw.) entledigte, sich die Mitgliederzahl erhöhte — im September 129 996 und im November bereits 135 824 betrug.

In der gleichen Nummer der „Fahne des Kommunismus“ lesen wir:

„Dazu ist zu bemerken, daß jeder Kenner weiß, welche Kunststückchen bei der Abrechnung der Beiträge in der Zentralkasse der KPD jetzt geleistet werden, und auch nur solche Zahlen dem gestrengen Pjatnitzki melden, und ferner, daß seit dem Oktober 1926 die Mitgliederzahl der KPD bestimmt noch zurückgegangen ist, was ja aus der Jammerrede Dengels auf dem 11. Parteitag ziemlich deutlich hervorging.“

Ich muß aber die Ultralinken enttäuschen: am 1. Dezember 1926 hatte die KPD bereits 144 980 zahlende Mitglieder (die Berlin-Brandenburger Organisation zählte am 1. Oktober 1926 17 380, am 1. Dezember 1926 bereits 23 950 zahlende Mitglieder). Die entsprechenden Daten für 1927 hat die Organisationsabteilung des EKKI noch nicht erhalten. Doch bin ich überzeugt, daß die Zahl der registrierten Mitglieder keinesfalls zurückgegangen ist. Als Garantie hierfür können die Erfolge der KPD in den Gewerkschaften und den Aktionen, die sie in der letzten Zeit durchgeführt hat, gelten.

Wenden wir uns jetzt zu den „Behauptungen“ der Ultralinken in bezug auf die Gewerkschaftsarbeit.

In Nr. 15 der „Fahne des Kommunismus“ vom 24. Juni finden wir einen Artikel:

*„Glorreiche Gewerkschaftsarbeit des ZK“
(Neue Enthüllungen Pjatzitzkis)*

„Pjatzitzki setzt in den letzten Nummern der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ seine Veröffentlichungen über den organisatorischen Stand der Kominternsektionen fort, wobei er besonders die herrlichen ‚Erfolge‘ der Gewerkschaftsarbeit unter dem glorreichen Zepter der Thälmann-Zentrale derartig unbarmherzig bloßstellt, daß hier die Absicht zu öffentlicher Kritik von seiten des EKKI ganz klar zutage tritt. Wir geben nachstehend einige Auszüge wieder, deren Inhalt man mit dem Gebrüll des EKKI-Briefes im Herbst 1925 über ‚die schlechte Gewerkschaftsarbeit‘ der linken Zentrale vergleichen muß, um zu richtigen Schlüssen zu kommen.“

(„Die Fahne des Kommunismus“ Nr. 15 vom 24. Juni 1927.)

Hier ist nur eins richtig. Das EKKI und seine Organe haben nicht die einzelnen Fehler des ultralinken ZK in dessen praktischer Gewerkschaftsarbeit kritisiert, wie dies im fünften Kapitel meiner Broschüre gegenüber der jetzigen Parteileitung geschieht. Aber dies geschah aus dem einfachen Grunde, weil die KPD unter der Leitung des ultralinken ZK in den Gewerkschaften keinerlei praktische Arbeit leistete. Die gesamte gewerkschaftliche Taktik des ultralinken ZK war unrichtig. Nur unter dem Einfluß der Briefe des EKKI an den Frankfurter Parteitag, dessen Mehrheit die Anhänger Ruth Fischers und Maslows innehatten, und unter dem Druck der auf dem Parteitag anwesenden Delegation des EKKI gelang es, die Annahme der Resolution gegen die Organisation selbständiger, paralleler Gewerkschaften und für die Rückkehr der Parteimitglieder in die Amsterdamer Gewerkschaften zu erreichen. Die Annahme der Resolution durch den Parteitag erfolgte erst nach großem Druck auf die Gruppe Ruth Fischer und Maslow. Die Briefe des EKKI, welche die Kritik an den Ansichten der Ultralinken in der Gewerkschaftsfrage enthielten, sowie das Kapitel aus Lenins Broschüre „Die Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus“ über die Notwendigkeit der Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften, weigerte sich die Gruppe Ruth Fischer und Maslow, nach dem Frankfurter Parteitage in der Parteipresse abzdrukken. Die Delegation des EKKI war gezwungen, diese Dokumente an die Parteipresse direkt zu verschicken, mit der Forderung, den Abdruck auf Grund des Statuts der KI vorzunehmen. Es ist deshalb vollkommen verständlich, daß die vom Frankfurter Parteitag angenommene Resolution über die Gewerkschaftsfrage auf dem Papier blieb, denn die Führer der Ultralinken waren tatsächlich gegen dieselbe, sie stimmten ihr in Worten zu, um sie in der Tat zu sabotieren. Sogar die Kampagne für Rückkehr der Kommunisten in die Amsterdamer Gewerkschaften wurde vom Ruth Fischerschen ZK nach dem Frankfurter Parteitag rein mechanisch, sozusagen für den äußeren Anschein, durchgeführt, ohne jede ideologische Vorbereitung, was zum Ausschluß von ein paar hundert Arbeitern, die sich weigerten, in die Amsterdamer Gewerkschaften zurückzukehren, führte. Die Resultate einer solchen unrichtigen Taktik in der Gewerkschaftsfrage zeigten sich sofort am Einfluß der KPD in den deutschen Gewerkschaften. Betrachten wir die Resultate der Wahlen bei den Metallarbeitern (im Reichsmaßstabe) und bei den Holzarbeitern (für Berlin), vor, während und nach Ende der

ultralinken Leitung der KPD: im Jahre 1923, vor dem Siege der Ultralinken in der KPD erhielt diese im Metallarbeiterverband 44 Prozent aller für den Metallarbeiterkongreß abgegebenen Stimmen; im Jahre 1925, als das ZK sich unter Leitung von Ruth Fischer und Maslow befand, erhielt die KPD 23 Prozent der abgegebenen Stimmen; im Jahre 1926 aber, als die Ultralinken sich nicht mehr in den Reihen der KPD befanden, erhielt diese bereits 33 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Bei den Wahlen der Generalversammlungsdelegierten im Berliner Holzarbeiterverband wurden abgegeben:

| | f. d. Gewerksch.-Oppos. | f. d. Amsterdamer |
|----------------|-------------------------|-------------------|
| 1924 | 6250 | 6030 |
| 1925 | 4650 | 7031 |
| 1927 | 5358 | 5772 |

Erst nach Anwendung der richtigen Taktik und Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit seitens der neuen Parteileitung gelang es, im großen und ganzen die während des Verweilens der Gruppe Ruth Fischer und Maslow an der Spitze der Partei verlorenen Positionen zurückzuerobern. Und wenn es der Partei bisher nicht gelungen ist, die Wunden endgültig zu heilen, welche ihr auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit die verderbliche Taktik der Ultralinken zugefügt hatte, so fällt die Verantwortlichkeit hierfür voll und ganz auf Maslow, Ruth Fischer und ihren „Kurs“. In den anderen Gewerkschaften war ja die Lage noch schlimmer. Unter dem Ruth Fischerschen ZK traten die Kommunisten massenhaft aus den Gewerkschaften aus und bis zum heutigen Tage ist es der KPD noch nicht gelungen, alle Kommunisten in die Gewerkschaften wieder zurückzuführen. Doch nicht nur die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften war unter dem ultralinken Regime in der KPD gleich Null. Aus dem Geschäftsbericht des proletarischen deutschen Freidenkerverbandes, welcher im Monat Mai 1927 472 000 Mitglieder zählte, ist ersichtlich, daß im Jahre 1922/23 die KPD in diesem Verbande die ausschlaggebende Rolle inne hatte, aber nach dem Uebergang der Parteileitung an Ruth und Co. wurde die Tätigkeit in dieser kulturellen Massenarbeiterorganisation verbrecherisch vernachlässigt und die Sozialdemokraten vermochten es, sich ihrer zu bemächtigen. Erst nach Veröffentlichung des Offenen Briefes des EKKI und nach Entfernung von Ruth und Co. aus dem ZK wurde die Arbeit der Kommunisten in diesem Verbande wieder erfolgreich. Im Jahre 1927 ging die große Mehrheit der Berliner Verwaltungsbezirke dieses Verbandes in die Hände der Kommunisten über, wobei 50 Prozent des gesamten Mitgliederstandes des Verbandes auf Berlin entfallen.

Die KPD macht natürlich hin und wieder Fehler in ihrer Massenarbeit, aber sie stellte sie wieder richtig. Sie gewinnt, wohl langsam, doch stetig, nicht nur jene Positionen wieder, welche durch die unrichtige Politik der Ultralinken verlorengegangen waren, sondern erobert von Tag zu Tag neue Positionen in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, bringt am 29. Mai 1927 eine Notiz unter dem ironischen Titel: „Die englischen Kommunisten. Gibt es auch so was?“ In dieser Notiz sind aus meiner Broschüre, wo sie die Mitgliederzahl der KP Englands und deren Fluktuation in den lokalen Organisationen behandelt, einzelne Bemerkungen

herausgeholt, aber bewußt all das unterdrückt, was ich schon damals über den Einfluß der KPE in der Gewerkschaftsbewegung, über ihre Rolle während des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks schrieb. Man sollte also denken, daß es in der SPD keinerlei Fluktuation gibt und daß dort alles glänzend steht.

Der „Vorwärts“ hat offensichtlich vergessen, daß die deutschen Gewerkschaften, die doch unter der Leitung der SPD stehen, seit 1923 mehr als 4,5 Millionen Mitglieder verloren haben, daß die SPD hunderttausende Mitglieder verloren hat. Seit April 1923 hat die SPD bis 1. Januar 1927 nach ihren offiziellen Angaben 437 500 Mitglieder verloren. Wenn der SPD die Reorganisation sagen wir der KPD tatsächlich so lächerlich vorkäme, warum richtet sie dann solche Angriffe gegen die KPD wegen der Organisation von kommunistischen Betriebszellen, wegen der Herausgabe von Betriebszeitungen und Bildung kommunistischer Fraktionen in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen? Warum hat dann schließlich die SPD vor den Gewerkschaftskonferenzen usw. ihre Mitglieder eigens zusammenberufen, d. h. faktisch Fraktionen gebildet? Warum begann die SPD Betriebszeitungen herauszugeben und ihre Tätigkeit in die Fabriken und Werke zu verlegen? Offenbar hat sie selbst auch die Ueberlegenheit der Organisationsformen der KPD herausgeföhlt.

Im Organ des ADGB, der „Gewerkschaftszeitung“ vom 16. Juni 1927, finden wir einen nicht gezeichneten Artikel „Die Kommunisten und die Gewerkschaften“. In diesem Artikel sind alle ungünstigen Momente in der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit aus dem 5. Kapitel meiner Broschüre aufgezählt, ohne, wie selbstverständlich, darauf hinzuweisen, daß ich dort auch die Erfolge und guten Seiten der Arbeit, insbesondere in Deutschland aufzeige. Das ist nicht überraschend, denn es ist doch leichter, den Leser mit ausgewählten Zitaten einzuschläfern, die noch dazu von den Kommunisten selbst stammen, wo sie selbst ihre Tätigkeit kritisieren. Hoffentlich glauben's die Leser.

Der Verfasser des Artikels führt Zitate an, wo von der Notwendigkeit der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften aller Richtungen, darunter auch der katholischen und christlichen, die Rede ist und von ihrem Eindringen in diese Gewerkschaften, und macht aus diesem Anlasse folgende Bemerkungen („Gewerkschaftszeitung“, Organ des ADGB, Nr. 29, vom 16. Juni 1927):

„Der Gedanke, die Methode des Lockspitzeltums in der Gewerkschaftsbewegung anzuwenden, bildet eine würdige Krone der kommunistischen Gewerkschaftstaktik.“

Wenn also die Kommunisten in ihre Berufsgewerkschaften zwecks aktiver Arbeit in denselben eintreten, so bezeichnet das offizielle Organ der „Klassen“-Gewerkschaften dies als Anwendung provokatorischer Methoden. Höher geht es schon nicht. Den Amsterdamer Gewerkschaften erscheint es wichtiger, daß sogar die christlichen und katholischen Verbände Deutschlands ohne Kommunisten bleiben, offenbar deshalb, damit diese Verbände in Streikzeiten Streikbrecher liefern können. Und daß die Amsterdamer den Eintritt von Kommunisten in ihre Gewerkschaften nicht wünschen, ist schon längst bekannt. Sind sie doch bestrebt, die Kommunisten zu verjagen und Ortsvorstände, ja selbst Verbandsvorstände mit kommunistischer

Mehrheit lösen sie unter allerhand formalen Vorwänden, aber auch unter Verzicht auf solche, einfach nur deshalb auf, weil die Kommunisten den Arbeitern die kompromißlerische und verräterische Taktik der Amsterdamer enthüllen. Es gibt aber auch allerhand vor den Gewerkschaftsmitgliedern und den Arbeitermassen aufzudecken: ungeachtet der sehr hohen deutschen Wirtschaftskonjunktur im Jahre 1927 ist die Zahl der Arbeitslosen unter den Mitgliedern der wichtigsten Gewerkschaften doppelt so groß als 1925, und der Kampf für die Herabsetzung des gegenwärtig bestehenden 9- bis 10-Studentages auf 8 Stunden wird von den reformistischen Leitungen systematisch sabotiert. In den Metallarbeiter-, Leder-, Textil-, Bau- und Bekleidungsarbeitergewerkschaften gab es arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder:

im April 1923 4,3 Prozent
im April 1927 8,9 Prozent

(im Juni 1927 gab es in Deutschland nach den Angaben des Genossen Varga [Inprekorr. Nr. 78 vom 4. August 1927] immer noch über eine Million Arbeitsloser. Obenangeführte Zahlen sind dem gleichen Artikel entnommen).

Die Grundursache einer solchen Arbeitslosigkeit zu Zeiten einer guten Wirtschaftskonjunktur liegt in der Durchführung der Rationalisierung seitens der Kapitalisten im Bunde und mit Hilfe der Amsterdamer Gewerkschaften Deutschlands. Hier haben wir eines der zahllosen Beispiele der Rationalisierungs-Resultate nach der Darstellung des „Berliner Börsen-Courier“ vom 12. April 1927: „Auf den Werken des Hörder Vereins wurden im Monat März bei einer Arbeiterzahl von 6000 Mann gegen 74 000 Tonnen Halb- und Ganzfabrikate hergestellt, während früher zur Fertigstellung von 58 000 Tonnen 9000 Arbeiter notwendig waren.“

Man könnte glauben, daß die Amsterdamer gegenüber der Vergrößerung der Arbeitsintensität bei der Durchführung der Rationalisierung eine Verbesserung der Lage der Arbeiter erreichten. Keine Spur. Der Sozialdemokrat Braunthal schreibt im Märzheft des „Gewerkschaftsarchivs“ (theoretisches Organ des ADGB) einen Artikel über die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland. In diesem Artikel führt er die offizielle Statistik des nominellen und realen Lohnes für qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter für 1913 bis 1924, 1925 und 1926 an. Ich will aus dieser Zusammenstellung die Zahlen für die Jahre 1913 und 1926 wiedergeben:

| Jahr | Nomineller Wochenl. | | | Realer Wochenlohn | |
|------------|---------------------|-----------|-------------------|-------------------|-----------------|
| | Gelernt | Ungelernt | Lebenshalt.-Index | Gelernte | Ungelernte Arb. |
| 1913 | 35,15 | 23,41 | 100 | 35,15 | 23,41 |
| 1926 | | | | | |
| 1. Quartal | 46,01 | 34,07 | 139 | 33,10 | 24,51 |
| 2. „ | 45,99 | 34,07 | 140 | 32,85 | 24,34 |
| 3. „ | 46,08 | 34,15 | 142,3 | 32,38 | 24,— |
| 4. „ | 46,33 | 34,40 | 143,4 | 32,31 | 23,99 |

Wie aus dieser Statistik ersichtlich, ist der Reallohn im Jahre 1926 niedriger, besonders für die qualifizierten Arbeiter, als im Jahre 1913. In der letzten Zeit stieg der Arbeitslohn nach den offiziellen Angaben um 8 bis 9 Prozent, dafür aber stieg die Teuerung. Im April 1926 stand der Lebenshaltungsindex auf 139,6, im April 1927 hatte er bereits 146,41 erreicht.

Ich lasse einige Angaben über die Preise der täglichen Bedarfsartikel folgen:

| | Januar 1927 | August 1927 | Verteuerung in Prozent |
|--------------------------------|----------------|-------------|------------------------|
| | (in Pfennigen) | | |
| 5 Kilo Kartoffeln | 55 | 170 | 210 |
| 1 Kilo Roggenbrot | 40 | 47 | 14 |
| 1 Kilo Zucker | 68 | 80 | 18 |
| 1 Kilo Bohnen | 120 | 144 | 20 |
| 1 Kilo Erbsen | 76 | 90 | 20 |
| 1 Kilo Ochsenfleisch | 210 | 230 | 9 |
| 1 Kilo Hammelfleisch | 210 | 250 | 18 |

Es muß noch hinzugefügt werden, daß Deutschland auch eine Wohnungs-krise hat, unter welcher vor allem die Arbeiter leiden.

Am 1. Oktober wurde die Miete um 10 Prozent erhöht, was sich natürlich gleichfalls auf den Reallohn der Arbeiter auswirkt.

Die deutschen Amsterdamer Gewerkschaften, welche 4,5 Millionen Mitglieder in sich vereinigen, sind daran schuld, daß die Rationalisierung von der deutschen Bourgeoisie ausschließlich auf Rechnung der Arbeiterschaft durchgeführt werden konnte. Sogar der Sozialdemokrat Braunthal kommt in seinem Artikel bei Besprechung der statistischen Daten, von welchen oben die Rede war, zu dem Schluß, daß die Taktik der Gewerkschaften an der Verschlechterung der Lage der deutschen Arbeiterklasse schuld ist.

Diese schwere materielle Lage hat unter den deutschen Arbeitern wachsende Unzufriedenheit hervorgerufen. In der letzten Zeit gab es örtliche Streiks gegen den Willen der Verbandsleitungen der Gewerkschaften, aber mit Wissen der Ortsverwaltungen, auf welche die Masse der einfachen Gewerkschaftsmitglieder einen starken Druck ausübt. Auf diese Art brachen der Kölner und Wiesburger Mühlenarbeiterstreik gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaften aus, wo die Arbeiter, ungeachtet dessen, daß ihr Kollektivvertrag erst am 31. Oktober 1927 zu Ende geht, eine Lohnerhöhung von 5 Prozent erzielten, ferner der „wilde“ Streik der Berliner Film-Arbeiter (die reformistischen Gewerkschaften erkannten diesen Streik nicht an). Unter dem Druck der breiten Arbeitermassen war die Gewerkschaftsbürokratie genötigt, zu erklären, daß die Verträge nicht auf alter Basis erneuert werden.

Ich betrachte es nicht als überflüssig, eine Tabelle über die Streiks und Aussperrungen im 4. Quartal 1926 und im 1. Quartal 1927 aufzunehmen:

| | Anzahl der Streiks und Aussperrung. | Anzahl der von Streiks und Aussperrungen betr. Unternehmung. | Höchste Zahl d. gleichzeitig an Streiks od. Aussperrung. beteil. Arbeiter | Zahl der verlorenen Arbeitstage |
|---------------------------|-------------------------------------|--|---|---------------------------------|
| 4. Quartal 1926 | 70 | 1233 | 48 664 | 320 787 |
| 1. Quartal 1927 | 90 | 1012 | 130 952 | 1 019 912 |

Die angeführten statistischen Daten beweisen, daß der Kampf zwischen den Arbeitern und Kapitalisten in den verflossenen ersten drei Monaten 1927 erbitterter als Ende 1926 war. Die reformistischen Gewerkschaftsführer taten alles Mögliche, um die Streiks zu beenden, indem sie den Beschlüssen der Schiedsgerichte zustimmten, welche beinahe stets entweder mit einem Kompromiß oder einer Entscheidung gegen die Arbeiter schließen. Nicht umsonst bedankt sich das Organ der Fabrikanten der Lederindustrie bei den

reformistischen Gewerkschaftsführern für den Abschluß der Kollektivverträge. Die Arbeiter aber, die in den Streik treten, machen sich gewöhnlich die von den Kommunisten formulierten Forderungen zu eigen.

Der Norddeutsche Wollkonzern hob den Kollektivvertrag auf, führte das Prämiensystem ein und begann sich auf die gelben Organisationen zu stützen, indem er den Betriebsrat und die Amsterdamer Gewerkschaften beiseite schob. Die Arbeiter von 10 — unter 16 — der wichtigsten Unternehmungen in der Stärke von 23 000 Mann legten die Arbeit nieder und stellten Forderungen auf, die von den Kommunisten formuliert worden waren — pünktliche Einhaltung des Achtstundentages und 15 Prozent Lohn-erhöhung. Auf diese Art befestigen die Kommunisten ihre Position in den Gewerkschaften und machen es den Amsterdamern immer schwerer, die Arbeiter zu verraten.

Im März 1927 wurden bei den Delegiertenwahlen zur Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter für die Amsterdamer Kandidaten 5772 Stimmen, für jene der Opposition 5581 Stimmen abgegeben, am 12. April des gleichen Jahres brachten die Kommunisten 12 ihrer 16 Kandidaten für den deutschen Holzarbeiterkongreß (Verbandstag) durch.

Bei den letzten Wahlen für 30 Branchenleitungen der Metallarbeiter in Berlin wurden 10 783 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die KPD 6622 Stimmen, auf die SPD 4015 Stimmen. Gewählt wurden in die Leitungen 149 Oppositionelle und 143 SPD-Mitglieder. Von 30 Branchenleitungen haben 14 eine kommunistische Mehrheit.

Bei den Neuwahlen der Bezirksleitungen in der Gewerkschaft der Berliner Staats- und Gemeindearbeiter wurden 3235 Stimmen abgegeben; die KPD erhielt 1601, die SPD 1634 Stimmen. Unter 20 Bezirksverwaltungen hatte im Vorjahre die SPD in 13, die KPD in 7 Bezirken die Mehrheit. Bei den letzten Wahlen verlor die SPD 3 Verwaltungen an die KPD. Letztere erhielt 10 neue Delegierte zur Stadtkonferenz des Verbandes, und zählt jetzt, zusammen mit den früheren Kommunisten 135 gegenüber 155 SPD-Delegierten, von welchen 50 nicht durch Wahl delegiert wurden. In der Berlin-Brandenburger Ortsverwaltung der Maschinisten und Heizer endlich wurden bei den letzten Wahlen unter 12 Verwaltungsmitgliedern 7 Kommunisten gewählt. Doch nicht bloß in Berlin hatte die KPD Erfolge. Hier haben wir zum Beispiel die Resultate der letzten Neuwahlen in den einzelnen Gewerkschaften des Halle-Merseburger Bezirks. In Halle gibt es 26 Gewerkschaften mit 185 Ortsverwaltungen und 43 228 Mitgliedern. Bei den Wahlen zur Verwaltung dieser Gewerkschaften wurden gewählt: 333 Kommunisten, 217 SPD-Mitglieder und 336 Parteilose. Unter 182 Ortsverwaltungen besitzen die Kommunisten in 54 absolute Majorität.

Wir sehen also, daß auf diese Art die Amsterdamer allen Grund haben, über die provokatorische Taktik der Kommunisten in den Gewerkschaften zu schreiben.

Einige Genossen waren der Meinung, daß man nicht die ganze Kritik in der Presse hätte veröffentlichen müssen. Ich kann mich damit nicht einverstanden erklären. Die Broschüre bringt keine Kritik um der Kritik willen, sondern Hinweise, wie die Mängel zu verbessern sind. Ich glaube, daß die Kritik mehr Nutzen bringen wird, wenn sie zu einer Behebung der Mängel

führt, was hier und da bereits geschehen ist. Schlimmer ist es, die Mängel zu verschweigen, bloß damit die Gegner nichts davon erfahren. Nicht eine einzige kommunistische Partei hat über die Kritik, welche meine Broschüre enthält, Unzufriedenheit geäußert. Mehr noch, die Berlin-Brandenburger Monatsschrift „Der Funke“ bringt in ihrer Nummer 6 vom Juni eine Notiz der Orgabteilung der BL, welche den einzelnen Zellen die Lektüre und Diskussion über meine Broschüre empfiehlt.

DIE PAROLE DER SOWJETS IM WIENER JULI-AUFSTAND

Aus der Rede Bucharins in der Sitzung des Politsekretariats
am 13. August 1927.

Ich denke, man muß zuerst die Frage der Ursachen dieser Ereignisse beleuchten. Wo sind die Ursachen dieses Aufstandes und warum reagierte die Wiener Arbeiterschaft in so scharfer Weise auf eine faschistische Attacke gegen das Proletariat? Wir müssen zunächst die eigenartige Situation in Wien in Betracht ziehen. In welcher Lage befindet sich die Wiener Arbeiterschaft? Trotz der sehr schlechten allgemeinen ökonomischen Bedingungen war doch das Lebensniveau der Wiener Arbeiterschaft im Vergleich zu dem allgemeinen Niveau in Oesterreich relativ nicht so tief gesunken. Die Wiener Gemeinde hatte verschiedene Privilegien in bezug auf Steuern, sie hatte besondere Rechte, in ihre Kassen flossen ziemlich große Summen aus den um Wien liegenden Bezirken und die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung war imstande, so zu lavieren, daß jeder Arbeiter sah, die Wiener Sozialdemokratie versucht, den Arbeitern vom materiellen Standpunkte aus etwas zu helfen. Die Wiener Einrichtungen waren in bedingtem Sinne des Wortes eine Errungenschaft der Wiener Arbeiterschaft. Alle diese Vorteile, die die Wiener Gemeinde den Arbeitern bot, bis zum Achtsturentag usw., waren eine Errungenschaft der Wiener Arbeiterschaft — natürlich im relativen, bedingten Sinne des Wortes. Als die treibende Kraft dieses Geistes erschien die Sozialdemokratie und deshalb wirkten diese ganzen Manöver der Sozialdemokratie, Eroberung der Macht durch das Parlament, Demokratie usw. so stark auf das Bewußtsein der Arbeiterschaft. Diese lügnerische Ideologie der Sozialdemokratie hatte doch eine gewisse Basis in den materiellen Verhältnissen der Wiener Gemeinde. Deshalb war auch die Autorität der Sozialdemokratie in den Massen so groß. Sie hatte ziemlich materielle Wurzeln in der Wirtschaftspolitik der Wiener Gemeinde und der Einstellung der Wiener Arbeiterschaft. Es hieß: die Kommunisten schreiben über dies und das, aber die Sozialdemokraten helfen wirklich jedem Arbeiter in seinen materiellen Lebensbedingungen. Ich betone den Umstand, daß die Wiener Arbeiterschaft eine privilegierte Stellung gegenüber dem Land einnahm, was natürlich Reflexe im Bewußtsein der Arbeiterschaft hervorrief und nebenbei den Prozeß der Konsolidierung der Bourgeoisie förderte. Das

war der Ausdruck der Stabilisierung. Ähnlich wie die Stabilisierungsversuche der englischen Bourgeoisie zu dem großen Streik im vorigen Jahr führten, führte in Wien derselbe Prozeß der Stabilisierung zur Attacke gegen die Arbeiterschaft, zur Hinausdrängung der Sozialdemokraten, zu anderen Klassenverhältnissen, zur Verschiebung des Schwergewichtes von der Sozialdemokratie zu den Christlich-Sozialen mit Seipel an der Spitze. Andererseits hat aber die Besserung der materiellen Lebensbedingungen der Wiener Arbeiterschaft und die Verkörperung der wirklichen oder angeblichen Kraft der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie eine solche Wirkung gehabt, daß die Arbeiterschaft sogar unter Führung der Sozialdemokraten, ein gewisses Bewußtsein ihrer Macht besaß, ein bestimmtes Machtgefühl hatte. Trotzdem die Koalition schon nicht mehr bestand, gab es doch noch eine gewisse materielle und sogar politische Basis für dieses Machtgefühl der Wiener Arbeiterschaft. Und was war später? Bei der wirklichen Verschiebung der Klassenverhältnisse, bei der Attacke der Bourgeoisie, die immer frecher wurde und sich immer mehr verschärfte, bei der Haltung der Sozialdemokraten, die sagten, wir sind stark, wir werden die Macht des Proletariats erobern, wir werden zur Diktatur greifen, falls die Bourgeoisie weiter vorgeht usw. —, welche Wirkung hatte diese schwindelhafte Ideologie auf die Arbeiter? Zunächst glaubten einige Schichten des Proletariats immer mehr an ihre Macht, als aber die Bourgeoisie zu einer wirklichen Attacke überging, ging diese ganze Ideologie zum Teufel, kam es zur Empörung der Arbeiter auch innerhalb der Sozialdemokratie, denn sie schätzten diese Phraseologie ihrer Führer als bare Münze und glaubten an ihre eigene Kraft. Ich kann mir die Revolte nur so erklären: Das ist etwas spezifisch Oesterreichisches und steht in engem Zusammenhang mit dem speziellen Gesicht des Austromarxismus. Da, was für die Führer des Austromarxismus ein Manöver war, war für die Arbeiterschaft kein Manöver. Die Lage war so, daß die Massen trotz der Führung der Sozialdemokratie in so große Bewegung gerieten, daß es zum Aufstand kam. Es ist ganz falsch, zu sagen, das war kein Aufstand, sondern eine Massenbewegung. Eine Massenbewegung, wo die Waffen gebraucht werden, wo man bewaffnet kämpft und wo es Tote gibt, nennt man Aufstand. Nicht jeder Aufstand muß unbedingt bewußt geführt werden. Das ist eine andere Frage. Gerade dieser Widerspruch zwischen dieser Massenbewegung und dem Mangel an Führung, das war eben der Widerspruch, der als Grundlage der Niederlage erscheint. Natürlich hat dieser Umstand seinerseits auch Ursachen und wir können diese Kette von Ursachen bis in die Unendlichkeit verlängern. Tatsache ist, daß die Massen sich im Aufstande befanden und da der bewaffnete Aufstand die schärfste Methode des Klassenkampfes ist, mußten wir gerade aus diesem Umstande heraus unsere Taktik bestimmen. Es gibt einen Gesichtspunkt, nach dem die Losung der Schaffung von Sowjets im Moment des bewaffneten Aufstandes nach Jahren wieder zum ersten Male ausgegeben, von den Massen nicht anders aufgefaßt worden wäre, und faktisch auch nichts anderes bedeutet hätte, als die unmittelbare Aufnahme des Kampfes um die Diktatur des Proletariats. Bei der Schwäche der Partei hätte das unernst und von den Massen isolierend gewirkt und auch in unserer Partei wäre diese Parole auf Unverständnis gestoßen. Jedoch ist es notwendig, daß die Partei nach dem

15. Juli, der eine Reihe von Massenkämpfen einleitete, die Idee der Arbeiterräte in den Vordergrund rückt.

Nun, das ist eine falsche Fragestellung. Mir scheint, daß das vom chinesischen Muster abgeschrieben wurde, wobei man den gewaltigen Unterschied zwischen den Bedingungen in Oesterreich und denen in China außer acht läßt. Also erstens, keine Parole der Räte, denn das würde das Ueberspringen einer gewissen Phase bedeuten, zweitens, das würde die Frage der Machtergreifung aufrollen, drittens sollen wir aber die Idee der Arbeiterräte propagieren. Es wird gesagt, diese Parole würde bedeuten den Kampf um die Diktatur des Proletariats. Ich frage: warum ist das schlecht? Welche Klasse wollten sie am Ruder der Gewalt haben? Nehmen wir an, daß der Aufstand gesiegt hätte. Was würden wir nach dem Sieg haben? Wie würde die Klasse ihre Macht realisiert haben? Warum konnte man die Parolen der Diktatur des Proletariats nicht stellen? Ich denke, wenn die Klassenkämpfe so zugespitzt sind, können wir die Parole der Diktatur stellen. Wo ist ein Argument gegen die Diktatur des Proletariats in einem solchen Moment? Ich glaube, wir müssen in einem solchen Falle mit gutem Gewissen für die Diktatur des Proletariats sein. Man kann darauf auch so erwidern: Bei der notorischen Schwäche der Partei hätte das aber in den Arbeitermassen völlig unreal, unernst gewirkt usw. Also, die Partei ist zu schwach, eine proletarische Diktatur ist unmöglich ohne unsere Partei, die Bildung der Arbeiterräte kann nicht durchgeführt werden ohne die kommunistische Partei usw. Nun, das ist eine Serie von Fragen, die zu analysieren sind. Man sagt, die Arbeiter würden diese Parole nicht realisieren, weil sie unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehen. Das ist kein ernstes Argument. Die Sozialdemokratie war gegen den Aufstand, nicht nur ideologisch, sondern sogar bewaffnet, sie hat auf die Aufständischen geschossen. Trotzdem war aber die Empörung unter den Massen so groß, daß der Aufstand doch ausbrach. Warum hat man die Parole der Betriebsrätekonferenzen zur Führung des Kampfes aufgestellt? Warum sagen sie, die Parole der Betriebsrätekonferenz sei annehmbar zur Führung des Kampfes, aber Arbeiterräte nicht? Warum Betriebsräte und warum nicht Arbeiterräte? Genosse Trotzki hat das 1923 auch gesagt und die Mehrheit der Komintern hat das angenommen und später haben viele von uns, die für die Parole der Betriebsräte als Ersatz der Parole der Arbeiterräte waren, das auch anerkannt als einen Fehler. Diese Erfahrung sollte man in allererster Linie ausnützen. Ich verstehe nicht, warum die Parole der Betriebsräte annehmbar ist und nicht die Parole der Arbeiterräte aufgestellt werden kann. Die Arbeiterräte geben das Maximum der Möglichkeiten zur Aufrüttelung der Arbeitermassen, es ist dies eine Form, die die Straße organisatorisch vereinigt und in der Hitze des Kampfes hatten wir gerade den passenden Moment, um diese Forderung aufzustellen. Daß unsere Partei zu schwach war, ist kein Argument gegen die Arbeiterräte, sondern umgekehrt ein Argument dafür. Wenn die Partei ihnen die Parole gegeben hätte: Wählt euch selbst eure Vertreter —, hätte bei den Massen kein Widerstand gegen diese Forderung bestanden. Da die Massen das Bedürfnis nach Führung hatten, hätten sie auch Arbeiterräte gewählt, und es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß nach Ausgabe dieser Parole auch Arbeiterräte entstanden wären. Man kann sagen, daß dies

sozialdemokratische Räte geworden wären. Ich erkenne das an, aber es wären Räte aus aufgerüttelten sozialdemokratischen Arbeitern geworden, und das ist etwas anderes als gewöhnliche Sozialdemokraten. Wir hatten auch auf den Straßen kein gewöhnliches sozialdemokratisches Arbeitervolk, sondern etwas anderes. Daß später auf Druck der Sozialdemokratie die Arbeiterräte zusammengebrochen wären, das ist möglich, aber was hätten wir dann für eine Situation gehabt? Das hätte beigetragen zur Verschärfung des Klassenkampfes auf der ganzen Linie. Würden Arbeiterräte gebildet worden sein, hätte die Regierung sie vielleicht angegriffen und davongejagt. Dann hätten wir ein weiteres Objekt der Kämpfe. Die Sozialdemokraten würden entweder direkt oder indirekt für die Auflösung der Arbeiterräte sein und sich noch stärker kompromittieren, wir würden die neue Situation wieder ausnutzen, die Klassengegensätze würden sich weiter verschärfen und ein Keil würde zwischen die sozialdemokratischen Massen und die Führung getrieben werden. Daß die Situation für uns günstiger geworden wäre, wenn wir die Parole der Arbeiterräte ausgegeben hätten, das unerliegt keinem Zweifel. Jetzt, n a c h dem Aufstand, ist die Parole der Arbeiterräte ziemlich absurd. Man kann sie aufstellen, nur wenn wir eine Wiederholung solcher Ereignisse haben oder wenn die Kurve der Entwicklung sehr stark weiter nach oben geht.

Vom Standpunkt der Einschätzung ist das schärfste Mittel des Klassenkampfes der Aufstand. Man kann nicht sagen, die Parole der Arbeiterräte ist zu scharf, wenn wir die Parole des Aufstandes gegeben haben. Zuerst die Forderung der Räte, dann unter Führung der Räte der Aufstand. Man bezeichnet die Parole der Arbeiterräte als zu scharf. — Und die Parole des Aufstandes ist nicht zu scharf? Hier handelt es sich nicht um die Parole der Bewaffnung, als Agitationslosung, sondern die Bewaffnung ist ein Teil des Aufstandes. In keinem Fall zulässig ist eine Unterschätzung der Ereignisse. In Wirklichkeit war dies ein Aufstand und unter diesem Gesichtspunkte muß man diese Sache betrachten.

Die Sozialdemokratie entlarven, sie als Feind der Arbeiterklasse, als Verräter am Proletariat zu brandmarken, das ist d i e Aufgabe der Partei.

J. J.:

EINE CHARTE DER MENSCHEWIKI ÜBER DIE SOWJET - GEWERKSCHAFTEN

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften einen ganzen Stab von mensche-wistischen Emigranten als „Spezialisten in der russischen Frage“ unterhalten. Diese „Sachverständigen“ führen für ihre Herren die schmutzigste Arbeit aus: Es gibt keine Verleumdung, keine noch so gemeine Insinuation und Lüge, die von diesen, sich vollends prostituierenden Mätressen des internationalen Reformismus gegen die russische Arbeiterklasse nicht an-

gewandt würde, um „ehrlich“ ihr Brot zu verdienen und um die Gunst ihrer Herren zu buhlen. In allen jenen Fällen, wo es den deutschen Sozialdemokraten nicht recht ist, selbst gegen die russische Revolution aufzutreten (und solche Fälle gibt es in der letzten Zeit immer mehr und mehr), schicken sie die russischen Menschewiki vor. Diese haben nichts mehr zu verlieren, und wenn sie sich ein übriges Mal blamieren oder von den deutschen Arbeitern ausgelacht werden, so kann das an ihrer Reputation als politische Bankerotteure und verkrachte Existenzen wahrlich nicht viel ändern.

Verleumdung, Lüge, Fälschung gegen das Proletariat der Sowjetunion und seine revolutionären Organisationen werden von den russischen Menschewiki nach dem Prinzip einer strengen Arbeitsteilung fabriziert: es gibt unter ihnen reine Politiker, Wirtschaftler, es gibt auch Kenner der Gewerkschaftsbewegung.

Zur Kategorie der Kenner der Gewerkschaftsbewegung der Sowjetunion gehört in Deutschland der nicht unbekannte Menschewik Schwarz. In zwei Nummern des Organs des deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich nun Schwarz in umfangreichen Aufsätzen mit dem Zustand unserer Gewerkschaftsbewegung beschäftigt. In diesen Aufsätzen singt Schwarz, wie es sich für einen wohlstandigen Menschewik gebührt, der Gewerkschaftsbewegung der Sowjetunion ein Sterbelied, das er durch theoretische wie durch praktische Auslegung zu begründen versucht. Es hätte sich vielleicht gar nicht gelohnt, sich mit diesen menschewistischen Narrheiten zu befassen, wenn dadurch nicht das Bewußtsein der deutschen Arbeiter systematisch vergiftet würde.

Beginnen wir mit den theoretischen Untersuchungen von Schwarz.

Nach Marx oder . . . nach Schwarz

Herr Schwarz schreibt:

„Die gewerkschaftliche Mitgliedschaft in Rußland ist eben derjenigen in West- und Mitteleuropa nicht gleichzustellen. Wenn der europäische Arbeiter sich einer Gewerkschaft anschließt, so bedeutet es in der Regel, daß das soziale Interesse bei ihm wach geworden ist, daß er sich entschlossen hat, sein Schicksal mit demjenigen der Arbeiterschaft überhaupt, oder wenigstens eines bestimmten Teiles der Arbeiterschaft in gewissen Grenzen zu verbinden. Anders in Rußland: der Beitritt zu einem Verband bedeutet hier vorerst nichts anderes als das Bestreben des Arbeiters, für sich selbst (Sperrung von Schwarz. J. J.) eine gewisse, wenn auch dürftige Sicherung gegen die allgemeine Rechtlosigkeit zu schaffen. Das Verbandsbuch hat hier eine Bedeutung, die an die Bedeutung eines Passes erinnert, und die Zugehörigkeit zu einem Verband ist für den Lohnempfänger in rechtlicher Hinsicht von einem wesentlichen Wert. Mit dem Erwerb des Verbandsbuches erschöpft sich daher viel zu oft das Interesse der Arbeiter für die Gewerkschaft.“ (Gewerkschaftszeitung Nr. 8.)

Hieraus ist zu folgern: Nur in Westeuropa stellt sich die Gewerkschaftsbewegung öffentliche Aufgaben, dort allein ist sie die wahre Massenbewegung des Proletariats, dort allein ist sie von den Ideen internationaler Solidarität durchdrungen, während bei uns in der Sowjetunion die Gewerkschaften staatliche Organisationen sind, die von hunderten und tausenden Gewerkschaftsbeamten geleitet werden und mit dem Proletariat und dem Sozialismus nichts gemein haben.

In dieser „Theorie“ zeugt jede Behauptung von böswilliger Entstellung und absolutem Mangel an Verständnis für eine marxistische Auffassung der Ge-

werkschaften. Es ist vom Standpunkte eines jeden geschulten Marxisten eine elementare Wahrheit, daß die Gewerkschaften aus den primitivsten Interessen der Arbeiter hervorgehen, daß die Ursache für die Entstehung der Gewerkschaften in dem Bestreben der Arbeiter liegt, täglich um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Wenn es sich so verhielte, wie Schwarz behauptet, d. h. daß der Arbeiter in Westeuropa deshalb der Gewerkschaft beitrifft, weil seine „öffentlichen Interessen erwacht sind, weil er entschlossen ist, sein Schicksal mit dem Schicksal der Arbeiterklasse überhaupt zu verbinden“, dann würden wir bei dem gegenwärtigen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte des Kapitalismus in Westeuropa schon längst eine sozialistische Gesellschaftsordnung haben. Schwarz konnte dem einfachen Arbeiter, der in die Gewerkschaft eintritt, eine solche Ideologie nur deshalb zuschreiben, weil in die Worte „Schicksal der Arbeiterklasse überhaupt“ nicht ein marxistischer, sondern ein elender reformistischer Inhalt hineingetan wird, weil er dieses Schicksal nicht mit der proletarischen Revolution verknüpft.

In Wirklichkeit ist die Tatsache der Vereinigung der Arbeiter zu Gewerkschaften nur der Anstoß dazu, daß das Proletariat sich des Unterschiedes im Leben des Arbeiters und Kapitalisten bewußt werde, d. h. nur die wichtigste Voraussetzung für das Entstehen des Klassenbewußtseins. Zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehören die weitere Organisierung der Arbeiterklasse im Prozeß des Tageskampfes, ihre Vorbereitung für den Kampf um den Sturz des Kapitalismus, die Entwicklung des Solidaritätsgefühls, der Fähigkeit, persönliche Interessen den Interessen der Klasse in ihrer Gesamtheit unterzuordnen usw.

Im Prozeß des Kampfes der Gewerkschaften um die Verbesserung der Lage des Arbeiters im Rahmen des Kapitalismus und nach Maßgabe der Erfolge der Gewerkschaften auf diesem Gebiet erwächst die Gefahr einer Ueberschätzung dieser Teilerfolge und einer Unterschätzung der Endaufgaben des Proletariats — des Sturzes der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Kampfes um die sozialistische Gesellschaftsordnung. Diese Gefahr ist in einem mangelnden Verständnis für jenes einfache Element der marxistischen Theorie enthalten, daß keine von den Gewerkschaften erreichte Erhöhung des Arbeitslohnes, keine erreichte Verbesserung der Arbeitsbedingungen das eigentliche Wesen der kapitalistischen Ordnung irgendwie verändern, daß eine radikale Lösung der Arbeiterfrage im Rahmen des Kapitalismus unmöglich ist. Die Aufgabe der revolutionären Klassengewerkschaften besteht denn auch darin, den Arbeiter, der in den Verband kommt, um seine persönlichen Interessen zu schützen, zu einem Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, zu einem Kämpfer für den Sozialismus zu erziehen, ihm zu helfen, sich seiner Klassenlage bewußt zu werden, und ihn in dem Augenblicke der Verwandlung des rein wirtschaftlichen Kampfes in den Kampf der einen Klasse gegen die andere entgegenzuführen. Diese Aufgaben der revolutionären Gewerkschaften unterscheiden sich in grundlegender Weise von den Aufgaben der reformistischen Verbände mit ihrer Theorie des Hineinwachsens des Sozialismus in die kapitalistische Gesell-

schaft, mit ihrem Eintreten für kleine Aktionen, mit ihrer Theorie der Arbeitsgemeinschaft der Klassen usw. Der grundlegende Unterschied zwischen der von Reformisten geleiteten Gewerkschaftsbewegung Westeuropas und der von Kommunisten geleiteten Sowjetgewerkschaftsbewegung besteht nicht darin, daß, gemäß den „theoretischen“ Untersuchungen des Herrn Schwarz, der Arbeiter in Westeuropa den Gewerkschaften als bewußtes Klassenmitglied, unseren Gewerkschaften aber nur zum Schutze seiner eigenen Interessen beitrifft. In beiden Fällen verfolgt der Arbeiter in der ersten Periode seiner Mitgliedschaft im Verbandsverbande in der Hauptsache den Zweck, seine persönlichen Interessen zu schützen; alle „theoretischen“ Versuche Schwarz', auf diesem Gebiete einen Unterschied festzustellen, sind Heuchelei und erklären sich durch absolute Unkenntnis der marxistischen Lehre. Der wirkliche Unterschied der beiden Typen der Gewerkschaftsbewegung — der westeuropäischen reformistischen und der revolutionären sowjetrussischen — besteht darin, daß im ersteren Falle der Arbeiter in der Gewerkschaft der gleiche bleibt, wie er hineingekommen ist — im reformistischen Sumpfe stecken bleibt, von seinen „Führern“ die Lehre von der Notwendigkeit der Ablehnung einer Revolution und der Möglichkeit, das Problem der Arbeiterklasse auf friedliche Weise im Rahmen des Kapitalismus zu lösen, übernimmt, während im anderen Falle — der Arbeiter in der Gewerkschaft im Geiste unversöhnlichen Klassenkampfes, internationaler Solidarität und einer Unterordnung der eigenen und der Gruppeninteressen unter die Interessen der Klasse als Gesamtheit erzogen wird.

Der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik in England haben eben diesen Unterschied deutlich hervortreten lassen. Wenn Schwarz im Recht wäre, so hätten die westeuropäischen Verbände sich auf der Höhe ihrer Klassenpflicht und der internationalen Solidarität stehend erweisen und durch ihre aktive Einmischung den englischen Arbeitern den Sieg bringen müssen. Die Klassenreife des Proletariats und seiner Organisation kann ja doch nur im Augenblick von Klassenkämpfen festgestellt werden. — In Wirklichkeit hat sich bekanntlich das Gegenteil zugetragen: dieselben russischen Arbeiter, die nach den Worten von Schwarz den Gewerkschaften nur zum Zwecke des Schutzes ihrer persönlichen Interessen beitreten und mit der Klassenbewegung des Proletariats nichts gemein haben, diese Arbeiter zeigten eine beispiellose internationale proletarische Solidarität, während die „hundertprozentige klassenbewußte“ Gewerkschaftsbewegung Westeuropas, an deren Spitze Amsterdam steht, vollkommen versagte.

Im fremden Auge sieht man den Splitter,
in seinem eigenen aber nicht den Balken.

Herr Schwarz erzählt weiter:

„Es ist aber bezeichnend, daß die Gewerkschaften (es handelt sich um die Gewerkschaften der Sowjetunion) gar nicht dafür zu sorgen haben, daß die Lohnempfänger sich ihnen anschließen: die russischen Gewerkschaften wissen heute überhaupt nicht, wie man für den Beitritt zu den Gewerkschaften wirbt; sie sind vielmehr geneigt, den Beitritt zu den Verbänden den neu vom Lande zuströmenden Arbeitern, sowie den unorganisierten Arbeitslosen möglichst zu erschweren, und das „Recht auf Arbeit“ für die gegenwärtige Mitgliedschaft gewissermaßen zu monopolisieren.“

(Gewerkschaftszeitung Nr. 8.)

In der Sowjetunion gehen wirklich wunderliche Dinge vor sich, wenn man

Schwarz glauben wollte! Einerseits wollen die Gewerkschaften keine Arbeiter aufnehmen, andererseits ist die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten im Wachsen begriffen! Daß die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaften der Sowjetunion wächst, ist daraus zu ersehen, daß die Industriearbeiterverbände in der Periode vom 1. Juli 1926 bis zum 1. Januar 1927 um 77 700 Mitglieder oder um 2,3 Prozent zugenommen haben, die Transport-, Telephon- und Postarbeiterverbände um 64 300 oder um 4,4 Prozent, die Verbände der Kopfarbeiter um 133 100 oder um 5,6 Prozent, der Gemeindearbeiterverband um 6900 Mitglieder oder um 29 Prozent, die Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter um 34 800 Mitglieder oder um 16,3 Prozent zugenommen haben. Nur der Bauarbeiterverband zeigt infolge der Saisonbedingungen einen Rückgang der Mitgliederzahl um 75 100 Mitglieder oder um 11,1 Prozent.

Die Gewerkschaftsbewegung der Sowjetunion in ihrer Gesamtheit zeigt in dieser Periode einen Zuwachs der Mitgliedschaft um 346 700 oder um 3,7 Prozent.

Es ergibt sich für jeden halbwegs logisch denkenden Menschen scheinbar ein Widerspruch. Was sind aber für Schwarz Gesetze der Logik angesichts der „höheren“ Aufgabe: über die Lage der Dinge der Sowjetunion zu lügen und zu fälschen.

Die Anschuldigung gegen die Sowjetgewerkschaften, daß sie keine unorganisierten Arbeitslosen aufnehmen wollten, ist lachhaft. Es ist allgemein bekannt, welche leidenschaftliche Kampagne die deutschen Reformisten, unter deren hohem Schutze sich Schwarz befindet, gegen die Aufnahme nicht organisierter Arbeitsloser in die Verbände führen. Das bedeutet wirklich, im fremden Auge den Splitter und in seinem eigenen Auge nicht den Balken sehen. In Deutschland werden arbeitslose Proletarier, die lange Jahre in den Fabriken und Werken gearbeitet haben und im Gefolge der kapitalistischen Ausbeutung und der rationalisierten Produktion aufs Pflaster geworfen werden, in die Verbände nicht aufgenommen. Dies sieht Herr Schwarz nicht, sein Herz schlägt für die Zehn- und Hunderttausende von Bauern unseres Landes, die jährlich in die Stadt kommen und ihr Lebtag keine Stadt und keine Fabrik gesehen hatten, für diejenigen städtischen Arbeitslosen, die nie gearbeitet haben und zum ersten Male ihre Arbeitskraft anbieten. Diese, rät er, in die Verbände aufzunehmen; gerade diese, und nicht, wie er schreibt, „die aus dem Dorfe eintreffenden Arbeiter“, denn diese letzteren werden, wenn sie in einem Betriebe im Jahre vorher auch nur einen Monat gearbeitet haben, bereits Gewerkschaftsmitglieder und verlieren, wenn sie aus der Stadt wieder aufs Land zurückkehren, ihre Mitgliedschaft nicht.

Das ist das wahre Gesicht Schwarz': In Worten für rein klassenbewußte Arbeiterverbände, in Wirklichkeit aber für eine durch nichts begrenzte Aufnahme aller Bauern, aller Arbeitsuchenden in die Verbände.

Schlechte Information und tiefstehendes Wissen

Den gleichen Wert besitzt auch die zweite Anschuldigung, daß die Sowjetgewerkschaften das Recht auf Arbeit ausschließlich für die Gewerkschaftsmitglieder monopolisieren. Einmal ist dies faktisch unrichtig. Nach den Angaben des Volkskommissariats für Arbeit der RSFSR für die Gouvernements- und Kreisstädte aus dem Jahre 1926 waren unter der Gesamtzahl der

eingestellten Arbeiter im Mai 73,4 Prozent, im Dezember 74,7 Prozent Gewerkschaftsmitglieder, unter den von den Arbeitsbörsen geschickten Arbeitern im Juni 76,3 Prozent, im Dezember 78,6 Prozent Gewerkschaftsmitglieder. Außerhalb der Gouvernementsstädte belief sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder unter den eingestellten Arbeitern im Juni 1926 auf 42,8 Prozent, im Dezember auf 51,7 Prozent. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß bis zu einem Monopol noch ein weiter Weg ist; im ersteren Falle waren ein Viertel, im zweiten Falle ungefähr die Hälfte der neu eingestellten Arbeiter keine Gewerkschaftsmitglieder.

Wir halten, anders als Schwarz, einen solchen Zustand vom Standpunkt der Gewerkschaften keineswegs für günstig und normal. Von unserem Standpunkt ist dies einer der größten Mängel in der Tätigkeit der Gewerkschaften der Sowjetunion. Nur ein in den wichtigsten Fragen der Gewerkschaftsbewegung gänzlich unbeschlagener Mensch kann zu den Arbeitern kommen und den Verbänden den Verzicht auf das Recht der organisierten Arbeiter auf eine bevorzugte Behandlung bei der Arbeitseinstellung predigen. Mit dem gleichen Recht kann man den Verzicht auf den Abschluß von Kollektivverträgen durch die Verbände und auf andere Schutzfunktionen der Verbände propagieren.

Diese von Schwarz gegen die russischen Verbände vorgebrachte Beschuldigung fällt auf ihn selbst zurück, denn die Tatsache, daß die Verbände in der Sowjetunion die bevorzugte Einstellung organisierter Arbeiter erreicht haben, beweist lediglich, daß: 1. die Gewerkschaften der Sowjetunion die Interessen ihrer Mitglieder gut verteidigen, und 2. daß diese Grundforderung der Gewerkschaften allein nur bei einer Diktatur des Proletariats realisiert werden kann, wie dies in der Sowjetunion in der schnellsten und schmerzlosesten Form geschieht. Wir glauben nicht, daß die deutschen Gewerkschaften, in deren Namen Schwarz in den Spalten ihres Gewerkschaftsorgans spricht, auf die Bevorzugung organisierter Arbeiter bei der Einstellung zur Arbeit verzichten würden, wenn man dieses Recht in dem „demokratischen“ Deutschland erreichen könnte.

Ueber die Finanzen der Gewerkschaften und über den Nutzen arithmetischer Kenntnisse

Zur Frage der finanziellen Lage der Sowjetgewerkschaften übergehend, schreibt Schwarz:

„Die Gewerkschaften erheben von ihren Mitgliedern nicht unbedeutende Beträge (2 vom Hundert des tatsächlichen Arbeitsverdienstes); die so aufgebrachten großen Summen werden aber zu einem übergroßen Teil für die Unterhaltung des gewerkschaftlichen Apparates verausgabt, so daß für die „funktionellen“ Ausgaben der Gewerkschaften, d. h. für die unmittelbare Befriedigung der materiellen und geistigen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder nur relativ wenig übrig bleibt.“

(Gewerkschaftszeitung Nr. 8.)

Und weiter:

„Die Riesenausgaben für die „operativen“ Zwecke sind charakteristisch für das Wesen der russischen Gewerkschaften. Die russischen Gewerkschaften sind eben in erster Linie nichts anderes, als ein besoldeter Apparat. In keinem Lande der Welt hat das gewerkschaftliche Beamtenwesen eine solche ungeheuerliche Bedeutung erlangt wie in Rußland.“

(Gewerkschaftszeitung Nr. 8.)

Nach Erwähnung einiger Tatsachen, die vom Genossen Dogadow auf dem VII. Gewerkschaftskongreß über die Finanzen der Gewerkschaften der Sowjetunion angeführt wurden, kommt Schwarz dann zu der Schlußfolgerung:

„Diese Ueberwucherung des materiell-privilegierten besoldeten Funktionärturns, zumal in einem Milieu, in dem eine freie öffentliche Kritik unterbunden ist, führt zu einer schweren „bürokratischen Entartung“ der Gewerkschaften, die auch durch zahlreiche Aeußerungen auf dem Kongreß beleuchtet wurde.“

(Gewerkschaftszeitung Nr. 8.)

Nachdem er ein so trauriges Bild entworfen hat, sieht sich Schwarz jedoch gleichzeitig zu folgendem Geständnis gezwungen:

„In einer Hinsicht muß man allerdings auch in der Frage der gewerkschaftlichen Finanzen in den letzten Jahren einen wesentlichen Fortschritt feststellen. Noch vor wenigen Jahren konnten die russischen Gewerkschaften ohne die finanzielle Unterstützung des Staates nicht auskommen. Heute, wie es in dem Bericht des Zentralrates auf dem Kongreß betont wurde, stehen sämtliche 23 Verbände finanziell vollkommen auf eigenen Füßen, und selbst der Zentralrat der Gewerkschaften, der noch 1924 seinen Haushalt nur zu 14 vom Hundert, 1925 nur zu 61 vom Hundert aus den Beiträgen der Verbände gedeckt hatte, hat im Jahre 1926 95,7 vom Hundert seines Haushaltes aus diesen Beiträgen bestritten.“

(Gewerkschaftszeitung Nr. 8.)

Der Grundfehler der Auslassungen des Herrn Schwarz über die Finanzen der Gewerkschaften liegt darin, daß die Angaben, mit denen er operiert, veraltet sind. Seit dem Jahre 1925, mit dessen Ziffern er operiert, ist viel Wasser zum Meere geflossen, und die Gewerkschaften der Sowjetunion haben zum großen Mißvergnügen des Herrn Schwarz in bezug auf die Festigung ihrer Finanzen noch einen weiteren und zwar einen viel größeren Schritt vorwärts gemacht. Außerdem muß noch ein weiterer Umstand berücksichtigt werden: In einer ernsthaften Arbeit (und die Arbeit des Herrn Schwarz erhebt Anspruch, eine solche zu sein) darf man sich nicht in so ausgiebigem Maße des Zeitungsmaterials bedienen, wie Herr Schwarz es tut. In einer Tageszeitung herrschen notgedrungen aktuelle Tagesnachrichten vor. Deshalb muß das Zeitungsmaterial mit Bedacht verwandt werden und es dürfen nicht die einen oder anderen Zeitungsangaben herausgefischt werden, wenn sie nur der vorgefaßten Konzeption des Autors entsprechen.

Zu unserer Verfügung stehen Angaben über die finanzielle Lage der Sowjetgewerkschaften im Jahre 1926, deren wir uns hier bedienen wollen. Außerdem besitzen wir die Angaben über die finanzielle Lage der deutschen Gewerkschaften, die dem Herzen des Herrn Schwarz so nahe stehen. Wir werden die einen wie die anderen Angaben zum Vergleich hersetzen. Damit werden wir zwei Aufgaben zugleich lösen: wir werden Herrn Schwarz ein Vergnügen bereiten, der uns „Bürokraten“ unausgesetzt auffordert, bei den „Demokraten“ der westeuropäischen Gewerkschaften zu lernen, und anderseits werden wir den Wert der Legende aufzeigen, daß in der Sowjetunion alles viel schlechter bestellt sei als in dem wohlhabenden Europa.

Wir führen die Budgets der fünf größten deutschen Gewerkschaften an: der Gewerkschaften der Bergarbeiter, der chemischen Arbeiter, der Metallarbeiter, der Eisenbahner und der Textilarbeiter — und ebenso die Budgets der gleichen Gewerkschaften in der Sowjetunion.

Man erhält hier folgendes Bild:

Die deutschen Gewerkschaften

Angaben über Einnahmen und Ausgaben in Reichsmark für ein Gewerkschaftsmitglied im Jahre 1926

| Bezeichnung der Gewerkschaft | Gesamteinnahmen | Die Ausgaben im prozentualen Verhältnis zu den Gesamteinnahmen | | | | | | |
|--------------------------------|-----------------|--|------------------------|---|--|--------------------------------------|-------------------|---|
| | | Unterstützungen | Streiks u. Aussperrung | Verbandsorgane, Kultur- u. Bildungszwecke | Für Agitation, allgem. Versammlungen, Verbindung u. and. Ausg. | Ausgaben für die zentrale Verwaltung | | Ausgaben für die Verwaltung d. lokalen Verbandsorg. |
| | | | | | | Personeller Bestand | Sonstige Ausgaben | |
| 1. Bergarbeiter | 27,08 % | 33,75 % | 5,32 % | 6,61 % | 10,71 % | 3,40 % | 0,51 % | 29,06 % |
| 2. Fabr.-Arb. Chemie | 34,16 % | 38,41 % | 1,84 % | 3,37 % | 26,23 % | 20,81 % | 4,01 % | — |
| 3. Metallarbeiter | 49,64 % | 68,77 % | 3,91 % | 3,22 % | 8,34 % | 2,26 % | 0,36 % | 18,21 % |
| 4. Textilarbeiter | 20,14 % | 25,72 % | 5,85 % | 5,51 % | 30,64 % | 4,51 % | 2,09 % | 35,66 % |
| 5. Eisenbahner | 32,72 % | 17,10 % | 2,47 % | 7,12 % | 20,26 % | 3,60 % | 0,61 % | 26,60 % |

Die Tabelle ist von uns auf Grund der Angaben über die Fonds und Ausgaben in absoluten Zahlen zusammengestellt, die im „Jahrbuch“ 1926 angeführt werden.

Gewerkschaften der Sowjetunion

Angaben über Einnahmen und Ausgaben für ein Gewerkschaftsmitglied im Jahre 1926

| Bezeichnung der Gewerkschaften | Gesamteinnahmen | Die Ausgaben in prozentualem Verhältnis zu den Gesamteinnahmen | | | | | | | Resultat in Prozenten Überschüssen |
|--------------------------------|-----------------|--|---------------------|--------------|--------------------------------|-------------------------|---------------|-----------|------------------------------------|
| | | Gehälter f. d. Personalbest. | Verwalt. Wirtschaft | Organisation | Abführ. a. d. GSU. u. d. ZRGSU | Abführ. a. Spezialfonds | Verschiedenes | Insgesamt | |
| 1. Bergarbeiter | 14,05 % | 21,4 % | 4,9 % | 10,7 % | 12,5 % | 36,1 % | 7,2 % | 92,8 % | 7,2 % |
| 2. Chemie-Arb. | 12,26 % | 26,8 % | 8,2 % | 12,7 % | 11,8 % | 29,1 % | 4,7 % | 93,3 % | 6,7 % |
| 3. Metallarbeiter | 15,4 % | 17,3 % | 4,1 % | 4,7 % | 12,2 % | 54,0 % | 6,4 % | 98,7 % | 1,3 % |
| 4. Textilarbeiter | 10,97 % | 17,6 % | 6,6 % | 7,2 % | 11,2 % | 41,9 % | 7,5 % | 93,0 % | 7,0 % |
| 5. Eisenbahner | 13,05 % | 25,2 % | 3,6 % | 9,1 % | 12,1 % | 37,8 % | 2,8 % | 90,6 % | 9,4 % |

Was zeigen diese zwei Tabellen?

Vor allem zeigen sie, daß Schwarz frech lügt, wenn er in seinem Aufsatz behauptet, daß in den Gewerkschaften der Sowjetunion auf „Organisationsausgaben im ganzen drei Viertel, auf funktionelle Ausgaben ungefähr ein Viertel aller Ausgaben der Gewerkschaften der Sowjetunion entfallen“. Das zunächst.

Diese Tabellen beweisen aber außerdem noch eines: in den gerühmten Gewerkschaften Deutschlands ist das spezifische Gewicht der Gewerkschaftsausgaben, die Ausgaben für den Apparat, für Verwaltung, für die wirtschaftlichen und Organisationsausgaben, die nicht in Form verschiedener Unterstützungen den Arbeitern wieder zugehen, im Gesamtbudget der Gewerkschaften höher, als in den entsprechenden Gewerkschaften der Sowjetunion.

Wenn wir eine Gruppierung der oben genannten Ausgaben in beiden Tabellen vornehmen, so erhalten wir*

* In den Gewerkschaftsbudgets der Sowjetunion haben wir vereint: das Gehalt des Personalbestandes, Verwaltungs- und Wirtschaftsausgaben, sowie Organisationsausgaben; in den Gewerkschaftsbudgets der deutschen Gewerkschaften die Ausgaben für Agitation, für die zentrale und lokale Gewerkschaftsverwaltung.

| | Gewerkschaften der Sowjetunion | Gewerkschaften Deutschlands |
|--|-----------------------------------|--------------------------------|
| Bergarbeiter | 37,0 | 43,68 |
| Metallarbeiter | 26,1 | 29,17 |
| Arbeiter der Chemieindustrie | 47,7 | 51,05 |
| Eisenbahner | 37,9 | 72,9 |
| Textilarbeiter | 31,4 | 51,15 |

Selbst wenn wir zu den „Apparat“-Ausgaben der russischen Gewerkschaften die Ausgaben hinzutun, die unter der Rubrik „Verschiedenes“ figurieren (obwohl dies in vielen Fällen ganz falsch sein wird), so sind wir auch dann in einigen Gewerkschaften den entsprechenden deutschen Gewerkschaften voraus.

Wir wollen keineswegs behaupten, daß in unseren Gewerkschaften in bezug auf die sogenannten unproduktiven Apparatausgaben alles ideal steht. Wir müssen in dieser Beziehung noch viel arbeiten. Nach dieser Analyse der Gewerkschaftsbudgets bei uns in Deutschland sind wir jedoch im Recht, zu fragen: In welchem Lande spielt die Gewerkschaftsbürokratie eine größere Rolle, — bei uns oder in Deutschland? Wo nehmen die Ausgaben für den Apparat im Gesamtbudget der Gewerkschaften einen größeren Platz ein, bei uns, wo die Gewerkschaften erst 10 Jahre legal existieren, oder in Deutschland, wo das Bestehen der Gewerkschaften bereits Jahrzehnte zählt?

Um mit der Frage der Finanzen der russischen Gewerkschaften zu Ende zu kommen, wollen wir noch eine Verleumdung des Herrn Schwarz widerlegen. Er schreibt:

„Dabei ist aber zu beachten, daß die operativen Ausgaben effektive Ausgaben sind, die funktionellen Ausgaben dagegen nur Ueberweisungen zu den speziellen Fonds (Arbeitslosen-, Streik- und Bildungsfonds u. a.) darstellen, die zu einem bedeutenden Teil nicht verausgabt werden, sondern in den Kassen der Verbände verbleiben und nur gesondert gebucht werden.“ (Gewerkschaftszeitung Nr. 8.)

Zum Beweise dieser seiner Behauptung führt Schwarz die Ausgaben an, die vom Genossen Melnitschanski auf dem VII. Gewerkschaftskongreß angegeben wurden, gemäß denen von den Beständen der lokalen Gewerkschaftsorganisationen in Höhe von 29 919 000 Rubeln — 21 917 000 Rubel, d. h. 73,3 Prozent auf die Spezialfonds entfallen.

Eine in bezug auf Ignoranz erstaunliche Beweisführung! Jedem halbwegs gebildeten Menschen muß es ja klar sein, daß man nicht einen in den Fonds in einer zufälligen Höhe vorhandenen Betrag nehmen und nach Feststellung einer bedeutenden Summe im Konto den Schluß ziehen kann, daß die vorhandenen Mittel nicht nach ihrer direkten Bestimmung verwandt werden. Ob die für spezielle Zwecke bestimmten Mittel bei uns verausgabt werden, das ist am besten aus dem Fazit der Ausgaben für das Jahr 1926 festzustellen.

Diese Daten sind folgende:

Kulturfonds:

(Angaben der Gouvernementsabteilungen und auch einiger unterer Gewerkschaftszellen) 1926: Jahreseinnahmen 54 302 000 Rubel.* Jahresausgaben 50 709 000 Rubel.

* In den Einnahmen und Ausgaben für den Kulturfonds sind eingeschlossen: sowohl die Eingänge aus den Mitgliederbeiträgen wie auch die den Gewerkschaften von den Wirtschaftsorganen nach den Tarifverträgen zugehenden Mittel.

Hilfsfonds für Arbeitslose:

(Angaben der Gouvernementsabteilungen zusammen mit dem ZK der Gewerkschaften) 1926: Einnahmen 17 097 000 Rubel*. Ausgaben 15 069 000 Rubel.

Schlußfolgerung:

Die Arithmetik hinkt bei Herrn Schwarz ganz bedenklich, oder was noch richtiger ist: seine Arithmetik folgt einer gemeinen menschewistischen Politik, einer Politik der Diskreditierung und der Lüge gegenüber dem Proletariat der Sowjetunion.

Kampfgewerkschaften oder . . . Gesellschaft für gegenseitige Hilfe

Bei der Erörterung der Budgets der deutschen Gewerkschaften können wir eine Tatsache nicht unerwähnt lassen, die sich aus der aufmerksamen Untersuchung der finanziellen Lage dieser Gewerkschaften ergibt: mit jedem Jahre verwandeln sich die deutschen Gewerkschaften in steigendem Maße in friedliche Organisationen, die sich mit der Verabfolgung verschiedenartiger Unterstützungen beschäftigen und den Charakter von kämpferischen Klassenorganisationen des Proletariats verlieren, die für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse zumindest im Rahmen des Kapitalismus, von einem Kampfe um die Endziele des Proletariats schon ganz zu schweigen, kämpfen könnten. Daß dem wirklich so ist, beweisen die Daten des Budgets der deutschen Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit für das Jahr 1924, 1925, 1926 im Vergleich mit den Daten für das Jahr 1913.

Die Daten sind:

Das Budget der deutschen Gewerkschaften in Mark**

| Bezeichnung der Ausgaben | 1 9 1 3 | | | | 1 9 2 4 | | | |
|--|------------|--------------------------------------|------------|-------------------------------------|--------------|--------------------------------------|--------------|--------------------------------------|
| | Summe | In Prozen-ten zu den Gesamt-ausgaben | Summe | In Prozen-ten zu er Gesamt-ausgaben | Summe | In Prozen-ten zu den Gesamt-ausgaben | Summe | In Prozen-ten zu den Gesamt-ausgaben |
| Unterstützung.. | 312 235 08 | 41,62 | 103 446 11 | 14,98 | 330 427 27 | 26,25 | 620 614 63 | 45,79 |
| Streiks, Aus-sperrungen . | 166 064 72 | 22,12 | 166 859 46 | 24,16 | 296 569 60 | 23,56 | 61 007 60 | 4,50 |
| Kulturarbeit u. Presse ... | 93 800 20 | 4,51 | 37 937 58 | 5,49 | 59 687 70 | 4,74 | 71 163 15 | 5,25 |
| Agitation, Kon-ferenz, Kongr. Schriftverk. . | 102 253 50 | 13,62 | 130 788 85 | 18,93 | 217 232 50 | 17,26 | 216 230 42 | 15,98 |
| Person. Bestand | 136 009 56 | 18,13 | 251 679 16 | 36,44 | 354 823 86 | 28,19 | 385 956 18 | 28,98 |
| Insgesamt | 750 363 06 | 100 | 690 711 19 | 100 | 3 155 299 91 | 100 | 1 258 740 93 | 100 |

Die Daten dieser Tabelle bestätigen voll und ganz unseren Gedanken: das spezifische Gewicht der Ausgaben für Unterstützungen, Agitation und den

* Die Ziffern des Fonds der Arbeitslosenfonds enthalte sowohl die Eingänge aus den Mitgliederbeiträgen wie auch freiwillige Zuwendungen der Mitglieder, die in einigen Gewerkschaften üblich geworden sind.

** Die Angaben sind dem Jahresbericht des ADGB entnommen.

personellen Bestand haben sich im Vergleich mit dem Jahre 1913 gesteigert; dafür bleiben die Ausgaben für die Kampftätigkeit (Streik, Aussperrung) entweder auf dem gleichen Niveau oder sie gehen, wie dies im Jahre 1926 der Fall war, katastrophal zurück.

Die ganze reformistische Fäulnis spiegelt sich in dieser kleinen Tabelle haarscharf wider. Hinter diesen trockenen Zahlen verbirgt sich die ganze „Philosophie“ des derzeitigen Reformismus und seiner Propheten — der deutschen Gewerkschaftsbürokraten —, eine Philosophie, deren Fundament der Verzicht auf den Klassenkampf, selbst in seinen elementaren Außerungen, ist.

Jeder, der mit der Lage der Arbeiterklasse in Deutschland nur im geringsten vertraut ist, weiß, welch ungeheures Verbrechen die deutschen Gewerkschaftsbürokraten gegen die Interessen der Arbeiterklasse begehen, die die Kampforganisationen des Proletariats auf die Stufe von Handlangern für die kapitalistische Stabilisierung herabzerren. Daß dies den deutschen Sozialpatrioten gelingt, das geht aus der Statistik der in den Konflikten zwischen Arbeit und Kapital verlorenen Arbeitstage hervor. In den Jahren 1899 bis 1913 gingen im Durchschnitt im Jahr $8\frac{1}{2}$ Arbeitstage verloren. Vom Jahre 1924 beginnend, geht die Zahl der verlorenen Arbeitstage unausgesetzt zurück: im Jahre 1924 betrug sie mehr als 36 Millionen, im Jahre 1925 17 Millionen, im Jahre 1926 jedoch nur $1\frac{1}{4}$ Millionen. Und dies alles geschieht in dem mit den Knochen der Arbeiterklasse sich rationalisierenden Deutschland.

Träume, die sich nicht erfüllten

Schwarz hat jedoch seinen Glauben an die Sowjetgewerkschaftsbewegung nicht endgültig verloren. Er sagt:

„Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß die bürokratische Entartung vollkommen den gesamten Apparat der Gewerkschaften ergreift. Das ist nur eine der Entwicklungstendenzen, eine zwar sehr starke, anscheinend heute noch eine vorherrschende, aber nicht mehr die unumschränkt herrschende. Sie trifft zusammen und kämpft mit einer anderen direkt entgegengesetzten Tendenz. Die Berührung mit den Arbeitermassen, die offizielle Vertretung der Arbeiterinteressen gegen den Staat und die Wirtschaftsorgane, das allmähliche Erwachen der Aktivität der Arbeiter, das Erstarren des Druckes der Wirtschaftsorgane auf die Arbeiterschaft — dies alles führt dazu, daß selbst innerhalb des partei-kommunistisch durchsiebten gewerkschaftlichen Apparates eine gewisse, wenn auch noch nicht genügend starke Tendenz zum Ausdruck kommt, die Gewerkschaften zu Organen der Arbeiterschaft zu gestalten, sie von dem Drucke der Staats- und der Wirtschaftsorgane zu befreien.“
(Gewerkschaftszeitung Nr. 8.)

Aus welchem Anlaß schlägt Schwarz die Pauke? Was läßt sein verwaistes Emigrantleben in so wundervollen Farben erstrahlen?

Es zeigt sich, daß es nichts anderes ist, als der Beschluß des 7. Gewerkschaftskongresses über die Schaffung von Sektionen in den Gewerkschaften. Er ist der Meinung, daß „schon die prinzipielle Anerkennung der Notwendigkeit einer organisatorischen Reform (gemeint ist die Schaffung von Sektionen — J. J.) schon eine gewisse Wendung in der Richtung einer Demokratisierung des inneren Lebens der Sowjetgewerkschaften“ sei (gesperrt von Schwarz — J. J.).

Nach einigen Zeilen jedoch verfällt Schwarz aufs neue in trüben Pessimismus. Die Ursache dieser abermals gesunkenen Stimmung sind die Worte

des Genossen Tomski auf dem 7. Gewerkschaftskongreß, daß die Gewerkschaftsbewegung bei uns zentralisiert ist und von der KPSU geleitet wurde und auch in Zukunft geleitet werden wird. Da liegt also der Hund begraben! Schwarz hoffte, daß die Schaffung von Sektionen die einheitliche Leitung der Gewerkschaften schwächen und daß gleich darauf eine Schwächung des kommunistischen Einflusses auf die Gewerkschaften eintreten werde.

Schwarz und seine Clique harren darauf schon 10 Jahre lang.

Harren Sie, Herr Schwarz, noch länger, so lange Sie leben, dürfte es beim alten bleiben.

Menschewistische Lügen über den Arbeitslohn

Schwarz gefallen auch nicht die Beschlüsse des 7. Gewerkschaftskongresses über die Lohnpolitik.

Er erklärt, daß unter der Flagge einer Zentralisierung der Kollektivverträge, der Befestigung des ‚Planprinzips‘ in den Fragen der Lohnpolitik eine erhebliche Stärkung des Einflusses der Staats- und Wirtschaftsorgane und ein Rückzug der Gewerkschaften erreicht wird. Und weiter: „Damit hat der Kongreß den leitenden Staats- und Wirtschaftsorganen den Rücken gestärkt, einer jeden Hebung des Arbeitslohnes beim heutigen Stand der russischen Industrie Widerstand zu leisten.“

Schwarz und seine Freunde, die in dem kapitalistischen Deutschland keinerlei Kampf um die Erhöhung des Arbeitslohnes führen, die die Lösung der Frage des Arbeitslohnes voll und ganz in die Hände des bürgerlichen Staates und seiner Schieds- und Schlichtungsinstanzen gelegt haben, wenden sich gegen die Regulierung einer Erhöhung des Arbeitslohnes in zentralisierter Form im Staate der Arbeiter und Bauern. Sie spielen die Dummen, geben sich den Anschein, es nicht zu verstehen, daß in einem Lande, wo die Industrie von einem Zentrum aus planmäßig geleitet wird, die Fragen des Arbeitslohnes nicht außerhalb des einheitlichen Wirtschaftsplanes entschieden werden können.

Die Sowjetgewerkschaften haben keinerlei Ursache, die Beschlüsse des 7. Kongresses auf diesem Gebiete abzulehnen, schon allein deshalb, weil in der Periode der zentralisierten Regulierung des Arbeitslohnes dieser real und nominell gewachsen ist. Für das Wirtschaftsjahr 1926/27 ist der Arbeitslohn in der Industrie nach den vorläufigen Angaben durchschnittlich nominell um 11,6 Prozent, real um 11,7 Prozent gestiegen. Für das 3. Quartal des gleichen Jahres, für das schon endgültige Angaben vorliegen, werden die entsprechenden Ziffern 12,2 und 11,6 Prozent sein.

Die zentralisierte Regulierung der Erhöhung des Arbeitslohnes wird auch im Wirtschaftsjahr 1927/28 durchgeführt werden. Die Erhöhung des Arbeitslohnes wird nicht weniger als 6¼ Prozent betragen.

Diese Resultate haben die Sowjetgewerkschaften unter gleichzeitiger Steigerung der Rolle des Tarifvertrages und unter intensiver Beteiligung der Arbeitermassen an dessen Abschluß erzielt.

Wo ist nun hier die Ablehnung einer Erhöhung des Arbeitslohnes?

Auch hier ist es vorbeigelungen, und was die Hauptsache ist, die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Zur Geschäftsordnung bittet Schwarz ums Wort

Um die vollkommene Wertlosigkeit der Sowjetgewerkschaften zu beweisen, argumentiert Schwarz . . . mit der Tagesordnung des 7. Gewerkschaftskongresses. Er schreibt aus diesem Anlaß:

„Nach den Berichten des Zentralrates der RGI und des Volkskommissariats für Arbeit, denen eine rege und zum Teil beachtenswerte Aussprache folgte, ist der Kongreß nicht zu den Grundfragen der gewerkschaftlichen Arbeit übergegangen, sondern zu den Berichten der der Gewerkschaftsbewegung völlig fremden Vertreter der „Wirtschaft“ über die Bürokratisierung der industriellen Verwaltung, über den Stand der Industrie und über die gegenwärtige Lage der Genossenschaften. Erst nachdem diese Themata lang und breit diskutiert und die Arbeitsfähigkeit des Kongresses nahezu erschöpft war, kam man zum Schluß des zehnten (!) Tages des Kongresses zu dem Referat über die organisatorischen Aufgaben der Gewerkschaften, dem dann am nächsten Tage die Referate über die gewerkschaftliche Lohnpolitik, die gewerkschaftliche Wirtschaftsarbeit und die Bildungsarbeit der Gewerkschaften folgte.“

(Gewerkschaftszeitung Nr. 10.)

Abgesehen davon, daß Schwarz seinen Lesern vorenthielt, daß alle Gewerkschaftsfragen in zahlreich besuchten Sektionen (und nicht etwa in Kommissionen, wie er später bemerkt) eingehend diskutiert wurden, weiß man nicht, was man zu diesen in ihrem Zynismus erstaunlichen Argumenten sagen soll.

Die deutschen Gewerkschaftsführer dürfen tagelang auf ihren Kongressen über Wirtschaftsdemokratie plappern, die Wirtschaftslage des kapitalistischen Deutschland besprechen — und das alles ist nach Schwarz mit allen Gewerkschaftsregeln und Statuten durchaus in Einklang zu bringen, das alles ist vollkommen in der Ordnung. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Sowjetunion brauchen aber nur auf ihrem Kongresse an die Diskussion der Lage ihrer Industrie, ihres Staatsapparates, ihrer Genossenschaften zu gehen — und Herr Schwarz fühlt sich bemüßigt, uns deshalb aus der Gewerkschaftskirche auszustoßen.

Hier kommt die Schleicher- und Lakaiennatur des Menschewik am deutlichsten zum Vorschein. Alle Kräfte der Arbeiter für die Festigung des bürgerlichen Staates — das gehört zum Wesen des Menschewismus.

Wir sind zu Ende.

Unsere Folgerung ist: Tief ist offenbar das Niveau des elementaren Wissens in den deutschen Gewerkschaften gesunken, wenn in den Spalten ihres Zentralorgans solchen Untersuchungen Raum gegeben wird. Selbst das Verleumden und Lügen haben sie nicht recht gelernt.

BRIEF AN DIE EXEKUTIVE DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE UND AN DAS ZENTRALKOMITEE DER KPSU

Vorbemerkung der Redaktion: Der hier folgende Brief der Mitglieder des Präsidiums des EKKI verdient die größte Aufmerksamkeit aller Mitglieder der Komintern. Er beweist, daß die spalterische Tätigkeit der Opposition alle Grenzen des Erlaubten überschritten hat. Es ist bemerkenswert, daß noch auf dem 8. Plenum des EKKI die Genossen Trotzki und Wujowitsch in den von ihnen vorgeschlagenen Aenderungen zynisch erklären, daß „das Absägen solcher Elemente wie Katz, Korsch und Schwarz ein Säubern der Reihen der Komintern bedeute“. Dieselbe Einschätzung wiederholte die Opposition auch in ihrem Schreiben an das ZK vom 1. September 1927. Jetzt stellt der Brief der Genossen Humbert-Droz und Ercoli auf Grund verschiedenen Materials und einer Reihe Originaldokumente, die sie dem EKKI vorlegten, unwiderleglich die Verbindung der italienischen Anhänger der trotzkistischen Opposition mit der Korsch-Gruppe fest.

Dieses Material, das sich nicht zur Veröffentlichung eignet, weil es von der Polizei zur Verfolgung verschiedener Emigranten ausgenutzt werden könnte, wird der IKK zur Verfügung gestellt und der KPF zur Einsichtnahme unterbreitet werden. Auf jeden Fall können wir aber die Tatsachen als erwiesen erachten, daß die Einheitsfront Trotzki-Sinowjew-Maslow gegen die Komintern durch die italienischen Trotzkisten und ebenso durch einige geradezu konterrevolutionäre Gruppierungen nun auch die Korsch-Gruppe mit einbezogen hat.

Wir lassen hier den Brief der Genossen Humbert-Droz und Ercoli folgen, sehen uns aber gezwungen, einige Punkte desselben aus den schon weiter oben angeführten Gründen wegzulassen.

Eine aufmerksame Prüfung der Briefe und Dokumente, die auf die Fraktionsstätigkeit der französischen und italienischen ultralinken Gruppen in Frankreich Bezug haben, ermöglicht uns, folgende Tatsachen unwiderleglich festzustellen:

1. Trotz aller Verpflichtungen und öffentlichen Erklärungen fördert und unterstützt die russische Opposition unmittelbar die Fraktionsarbeit in den anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale. Sie übt eine Kontrolle über die ausländischen Oppositionsgruppen aus und sie leitet sie tatsächlich mittels ihrer Emissäre.

2. Entgegen den schriftlichen Erklärungen, die Trotzki und Sinowjew dem Politbüro der KPSU gegeben haben — Erklärungen, in denen sie behaupten, daß sie mit der politischen Linie von Korsch keine Gemeinschaft haben, und daß keinerlei Verbindung zwischen der Opposition und der ausgesprochen konterrevolutionären Gruppe von Korsch bestehe —, beweisen die Dokumente, die in unserem Besitze sind, daß die russische Opposition und ihre Vertrauensleute in Frankreich und Italien mit den Emissären von Korsch in Beziehung stehen und mit ihnen eine Einheitsfront bilden. Wenn Maslow in seiner Zeitung von dem Wiedereintritt aller linken Kommunisten in die KPD spricht, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er

darunter auch Korsch versteht, mit dem die Opposition bei ihrer Fraktions-tätigkeit im Westen zusammenarbeitet.

3. Endlich legen die in unserem Besitz befindlichen Dokumente davon Zeugnis ab, daß die Fraktionsarbeit der Opposition sich außerhalb der Kaders und der Organisation der Partei entwickelt. Sie sammelt die aus der Partei ausgestoßenen oder ihr fremden Elemente zugleich mit Parteimitgliedern, die ihre politische Passivität und ihre persönliche Feigheit mit der Fahne der Opposition verdecken und ihre „Aktivität“ auf die Zersetzungsarbeit im Schoße der Partei selbst beschränken. Parteimitglieder und Leute, die nicht in der Partei stehen, bilden zusammen eine von der Partei unabhängige Organisation, welche deren Disziplin und Arbeit nicht achtet und mit ihr nur in Kontakt bleibt, um dort eine Zellen- und Zersetzungsarbeit zu entfalten. Wenn man diese Tatsachen, die in Frankreich innerhalb der italienischen und französischen Ultralinken bewiesen sind, den Tatsachen in Holland, wo die NAS, die den Direktiven der Opposition gehorcht, eine politische Partei darstellt, die sich gegen die KP Hollands richtet, und den Tatsachen in Deutschland hinzufügt, wo Urbahns soeben zu den Hamburger Wahlen eine eigene Liste gegenüber der KPD einzubringen versucht hat, so ist damit bezeugt, daß die Politik der Opposition im Ausland auf die Spaltung der Kommunistischen Internationale hinausläuft.

4. Die Fahne der Opposition ist für eine gewisse Anzahl von Genossen, welche die Verantwortung und die Konsequenzen der Parteiarbeit für ihre persönliche Sicherheit fürchten (besonders in Italien und innerhalb der ausländischen Arbeitskräfte in Frankreich), die Gelegenheit zu einer richtigen Desertion von der revolutionären Arbeit. Unter dem Vorwande, daß die Politik der Internationale opportunistisch sei, geben sie jeden Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und gegen die Kriegsgefahr auf, um sich auf eine Tätigkeit der Kritik und Verleumdung, die in der Arbeiterklasse den Defaitismus sät, zu beschränken.

Mit revolutionärer Kaltblütigkeit und im Bewußtsein unserer Verantwortung weisen wir auf den Ernst der Tatsachen hin, die zu unserer Kenntnis gelangt sind. Als politische Gegner der Opposition sind wir einem internationalen ideologischen Kampfe günstig, der zweifellos ihre Niederlage und die Verurteilung ihrer Politik besiegeln wird. Aber der Kampf, der durch die Opposition in den ausländischen Parteien geführt wird, ist nicht mehr ein ideologischer Kampf zwischen Genossen und Kämpfern für ein und dieselbe Sache. Er ist zu einem konterrevolutionären Unternehmen entartet, in welchem die Opposition nicht nur in Verbindung tritt mit den Renegaten und den anrühigen Elementen, die ihren Pessimismus, ihre persönliche Feigheit und ihre Passivität mit der „linken“ Phraseologie der Opposition verschleiern, sondern auch mit den agents provocateurs und den Polizeienten, welche die Partei bereits entlarvt und aus ihren Reihen gestoßen hat.

Wir schlagen Alarm. Wenn die Opposition nicht jeden Funken revolutionärer Verantwortlichkeit verloren hat, wird sie erkennen, daß sie die Grenze überschritten hat, wo Opposition zum konterrevolutionären Verbrechen wird. Angesichts des Ernstes der Tatsachen ersuchen wir, daß die

Kontrollkommission eine Untersuchung durchführt, unsere Anklagen prüft und alle Maßnahmen ergreift, welche die Internationale und die russische Revolution vor den Gefahren polizeilicher Natur bewahren, denen sie infolge der Arbeit der Opposition ausgesetzt sind.

Ercoli Humbert-Droz
Mitglieder des Präsidiums.

PETER RODIN-BERLIN:
**PROBLEME DER PERMANENTEN
ARBEITSLOSIGKEIT IN DEUTSCHLAND**
(Fortsetzung)

Die Offensive des Bürgerblocks gegen die
Arbeitslosen

Im vorigen Jahr, als die Arbeitslosigkeit drei Millionen Arbeiter umfaßte, bildete einen bedeutenden Teil des Scharfmacherprogramms der Unternehmer der Kampf gegen die Arbeitslosen und die Frage der Vermeidung hieraus entstehender Gefahren. Die Bourgeoisie führte den Kampf gegen die Erwerbslosen durch systematische Abbauversuche der Unterstützungssätze und -dauer. Schon damals ging ein Entwurf der Reichsregierung ein, der die Umwandlung der gesetzlich festgelegten Erwerbslosenfürsorge in eine **Arbeitslosenversicherung** forderte.

Gegenwärtig, wo ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, legt die Bourgeoisie im Vergleich zum Vorjahr kein so großes Gewicht auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Rechtsblockregierung als die beste Sachwalterin der Interessen des deutschen Kapitals, strebt einen Abbau der Lasten auf Kosten der Arbeiterklasse an. Erst dem Bürgerblock war es möglich, das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Reichstag durchzupeitschen.

Bevor wir auf den näheren Inhalt des bereits am 1. Oktober 1927 in Kraft getretenen Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingehen, sei einiges zur Geschichte der Offensive gegen die Arbeitslosigkeit gesagt, zumal mit der Annahme der Arbeitslosenversicherung ein bedeutender Abschnitt im Kampf gegen die Erwerbslosen und gegen die Arbeiterklasse überhaupt, der gleich nach November 1918 vom Unternehmertum organisiert wurde, zu Ende gegangen ist.

Zu den beiden wichtigen sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse nach dem Sturz der Hohenzollernmonarchie gehört neben der allgemeinen Festlegung des Achtstundentages die staatliche **Erwerbslosenfürsorge**. Die Einführung der Erwerbslosenfürsorge verwirklichte unter dem Druck der revolutionären Bewegung den Grundsatz, daß die Versorgung der Arbeitslosen Pflicht des Staates ist. Seitdem forderten die Kapitalisten die direkte Heranziehung der Arbeiterschaft zur Deckung der Lasten für die Erwerbslosenfürsorge und ihre Beschränkung durch Begrenzung der Unter-

stützungsdauer. Dieser Kampf der Unternehmer führte im November 1923, als die Bourgeoisie den Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft unternahm, zum ersten Erfolg. Gleich nach Erlassung des Ermächtigungsgesetzes verordnete das Reichsarbeitsministerium die Beitragsleistung der Arbeiter, die Begrenzung der Unterstützungsdauer, die Erwerbung der Anwartschafts- und der Karenzzeit, womit der Grundsatz der allgemeinen staatlichen Fürsorge aufgehoben wurde. Seitdem führen die Kapitalisten den Kampf um die weitere Begrenzung der Unterstützungsdauer und -sätze.

Der erste große Schritt zur Einführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das bis zum Jahre 1923 von der Arbeiterschaft mit Erfolg bekämpft werden konnte, war damit getan.

Wie sieht das nun angenommene Arbeitslosenversicherungsgesetz aus?

Als Wichtigstes ist festgelegt, daß die versicherten Arbeiter einen wöchentlichen Beitrag zu zahlen haben. Denselben Betrag entrichtet der Unternehmer pro Kopf der Beschäftigten. Die Paragraphen 149 bis 150 sehen vor, daß der Betrag nicht höher als 3 Prozent vom Lohn sein soll. Das Gesetz umfaßt alle Arbeiter und Angestellten mit Ausnahme aller Beamten, einen Teil der Land- und Forstarbeiter, die Binnen- und Küstenschiffer und einen Teil der Lehrlinge. (§§ 69 bis 86.) Bei Streiks und Aussperrungen werden keine Unterstützungen bezahlt (§ 94). Die Karenz- und Anwartschaftszeit wird verlängert; vorläufig von 13 auf 26 Wochen (§ 95). Im Gesetz heißt es: Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat nur, wer arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist; wer die Anwartschaft erfüllt; wer den Anspruch auf Arbeitslosenversicherung noch nicht erschöpft hat (§ 78); auf vier Wochen keine Unterstützung erhält, wer sich weigert, ohne berechnete Grundangabe eine Arbeit anzunehmen, auch wenn sie außerhalb seines Wohnortes liegt (§ 90); (weigert er sich nach Ablauf der vier Wochen erneut, so wird für die Dauer der Weigerung die folgenden vier Wochen wieder die Unterstützung versagt), wer fristlos entlassen wird und wer sich ohne berechnete Grundangabe der Berufsumschulung entzieht (§92). Der Arbeitslose muß glaubhaft nachweisen, daß und wie lange er in seinem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden hat; er muß die Höhe seines Arbeitsverdienstes der letzten drei Monate angeben und erklären, warum die Lösung des Arbeitsverhältnisses erfolgt ist. Ueber den Antrag auf Unterstützung entscheidet der Vorsitzende des öffentlichen Nachweises. Bezeichnend, ist, daß der Arbeitszwang eingeführt wird und nach § 91 die Pflichtarbeit besonders für Jugendliche bestehen bleibt. Die allgemein festgelegte Dauer der Unterstützung beträgt nur 26 Wochen und kann auf 36 Wochen verlängert bzw. 13 Wochen verkürzt werden. Symptomatisch für die Absichten der Regierung bei der praktischen Durchführung des Gesetzes ist, daß sie noch drei Wochen vor Inkrafttreten des Gesetzes die bisher geltende Erwerbslosenfürsorge auf 26 Wochen verkürzt.

Nun zur Lohnklassenstaffelung. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung wird nach dem Arbeitsentgelt bestimmt. Es bestehen 11 Lohnklassen für die Festlegung des Einheitslohnes, nach welchem Unterstützung gewährt wird.

| Klasse | Lohnsumme (Mark) | Einheitslohn | Prozent vom | | Unterstützung | |
|--------|------------------|--------------|--------------|--------------|---------------|-------------|
| | | | Einheitslohn | Einheitslohn | ledig | verheiratet |
| 1 | bis 10,— | 8,— | 75,— | 6,— | 6,40 | |
| 2 | 10,— bis 14,— | 12,— | 65,— | 7,80 | 8,40 | |
| 3 | 14,— bis 18,— | 16,— | 55,— | 8,80 | 9,60 | |
| 4 | 18,— bis 24,— | 21,— | 47,— | 9,87 | 10,92 | |
| 5 | 24,— bis 30,— | 27,— | 40,— | 10,80 | 12,15 | |
| 6 | 30,— bis 36,— | 33,— | 40,— | 13,20 | 14,85 | |
| 7 | 36,— bis 42,— | 39,— | 37,50 | 14,63 | 16,58 | |
| 8 | 42,— bis 48,— | 45,— | 35,— | 15,75 | 18,— | |
| 9 | 48,— bis 54,— | 51,— | 35,— | 17,85 | 20,40 | |
| 10 | 54,— bis 60,— | 57,— | 35,— | 19,95 | 22,80 | |
| 11 | über 60,— | 63,— | 35,— | 22,05 | 25,80 | |

Bedenkt man, daß einem unverheirateten Arbeiter, gleich welche Lohnhöhe er früher erzielte, in Berlin wöchentlich 12,30 Mark als Unterstützung nach der bisherigen Regel gewährt wurden und daß er erst in der sechsten Lohnklasse etwas über diese Summe bekommt, so zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß besonders die Stufen eins bis fünf von einem großen Abbau der Unterstützung betroffen werden. Für fast 40 Prozent der Erwerbslosen bedeutet die jetzige Lohnklasseneinteilung einen Abbau von 30 bis 40 Prozent der bisherigen Unterstützungssätze. Nach Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung waren im ersten Vierteljahr 1927 15 Millionen Personen in der Invaliden- usw. Versicherung angemeldet. Die Löhne betragen:

| | |
|------------------------|-----------------------------|
| für 946 877 = 6,3 % | bis 6,— die Woche |
| für 2 527 931 = 16,9 % | von 6,— bis 12,— die Woche |
| für 3 015 055 = 20,2 % | von 12,— bis 18,— die Woche |
| für 1 870 077 = 12,5 % | von 18,— bis 24,— die Woche |
| für 1 399 895 = 9,4 % | von 24,— bis 30,— die Woche |
| für 5 178 758 = 34,7 % | über 30,— die Woche |

Demnach gehören 43,4 Prozent der deutschen Arbeiter höchstens zur dritten Lohnstufe mit 8,80 Mark Unterstützung; 12,5 Prozent zur vierten mit einer Unterstützung von 9,87 Mark.

Es ist unmöglich, hier auf alle Einzelheiten des Gesetzes einzugehen, aber es bedeutet, kurz gesagt, nicht nur eine Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen, sondern auch eine starke Belastung der Gesamtarbeiterschaft, Beschränkung des Streikrechts durch Unterstützungsverweigerung an Streikende und Ausgesperrte, Arbeitszwang auch bei untariflicher Entlohnung und unpassender Beschäftigung, ein großzügiger Angriff auf Rechte und Lebenslage der Gesamtarbeiterklasse. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz soll auch durch die verschiedene Lohnstaffelung eine Zersplitterung unter den Erwerbslosen herbeiführen.

Sehr interessant für die Taktik der scharfmacherischen Unternehmen ist, daß sie sich nach außen hin gegen das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz richteten. Damit wurde den Reformisten ihr Handwerk leichter gemacht. Daß aber die Unternehmer für die Einführung des Gesetzes waren, besagen schon die folgenden Worte des Dr. Rademacher im Reichstag am 7. Februar 1927:

- „Ich will auf die Einzelheiten dieses Entwurfs nicht weiter eingehen. Ich halte ihn insgesamt, wie ich bereits ausführte, für eine mutige Tat und für einen Schritt, der von jedem Gesichtspunkte aus zu begrüßen ist.“

Der deutschnationale Abgeordnete Lambach sagte am 5. Juli 1927 im Reichstag:

„Das Gesetz stellt gegenüber der bisherigen Methode zwei grundlegende Veränderungen dar. An Stelle der Fürsorge tritt die Versicherung und an Stelle der gleichmäßigen, unterschiedslosen Auszahlung an die Arbeitslosen tritt nunmehr die Staffelung nach dem Einkommen. Beide Abänderungen haben wir verlangt in den Anträgen, die jedem neuen Reichstag von uns vorgelegt wurden. Unsere Anträge auf Einführung der Arbeitslosenversicherung an Stelle der Arbeitslosenfürsorge waren fast schon stereotyp geworden. Unser Antrag, die Unterstützung zu staffeln, sie den Löhnen anzupassen, ist erst im vorigen Herbst bei der Auseinandersetzung über die damalige Erhöhung der Erwerbslosengelder wieder eingebracht worden. Insofern stellt das Gesetz für uns die Erfüllung von Wünschen dar, die wir in unseren Anträgen formuliert haben.“

Die Taktik der Unternehmer, die zuerst eine Ablehnung verlangte, ging nur auf eine weitere Verschlechterung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes aus. Nachdem das Gesetz angenommen ist, werden die Vorstöße gegen die Arbeitslosen nicht aufhören. Auf der Basis dieses Gesetzes beginnen dann die Kämpfe um die Verschlechterung der vorgeschriebenen Bestimmungen, um die weitere Herabsetzung der Unterstützungssätze und -dauer.

Im Unternehmerlager werden noch weitere Offensivpläne bemerkbar, mit denen wir uns hier nicht beschäftigen können. Sehr interessant ist die im Vorjahre geplante Einführung der *Arbeitsdienstpflicht* unter Ablehnung an das bekannte Arbeitsdienstpflichtgesetz in Bulgarien. In erster Zeit wurde dieser Vorschlag zumeist von den offen faschistischen und deutschnationalen Provinzblättern gebracht. Später, mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit fand diese Frage jedoch schon in den demokratischen Zeitungen, ja sogar zum Teil in sozialdemokratischen Zeitschriften Behandlung und teilweise Zustimmung. Ueberhaupt ist zu befürchten, daß mit der Entwicklung des neuen deutschen Imperialismus die Frage der Einführung einer Arbeitsdienstpflicht sehr akut werden könnte.

Die Arbeitsdienstpflicht gibt den deutschen Kapitalisten die Möglichkeit, unter den für sie relativ besten Bedingungen zu produzieren. Dies kann nicht bestritten werden. Weiterhin schafft sie für die deutschen Unternehmer eine Armee, die auf die Löhne drückt, die zu Streikbrecherarbeiten verwendet werden und endlich ein Reservoir für imperialistische Kämpfe bilden kann. Trotzdem selbst in den Reihen des Kleinbürgertums eine starke Abneigung gegen die Arbeitsdienstpflicht besteht, sollte man sich nicht davon täuschen lassen. Für die Durchführung eines solchen Planes ist bei der Bourgeoisie ein großes Verlangen vorhanden und von diesem läßt sich die Rechtsblockregierung in erster Linie leiten.

Welche Pläne die Unternehmer besonders haben, beweist das Geschreibsel des Herrn Prof. Otto v. Zwiednieck-Siedenhorst, der in einer Denkschrift,* herausgegeben vom *Staatlichen Konjunktur-Institut*, Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung als Mittel zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit fordert.

* „Zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit“ im ersten Ergänzungsheft des zweiten Jahrganges der Zeitschrift für Konjunkturforschung.

Wir werden uns noch am Schluß im einzelnen mit der Bekämpfung dieser Unternehmerpläne und des reaktionären Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu beschäftigen haben. Zuerst sei auf die Rolle der Reformisten in der Erwerbslosenfürsorge eingegangen.

Die Reformisten und das Erwerbslosenproblem

„Solange wir das fürchterliche Joch der kapitalistischen Wirtschaft tragen müssen, gibt es keine andere Alternative, als Untergang der Wirtschaft (?) oder Aufstieg, erkauft durch die Opfer langdauernder Arbeitslosigkeit breiter Arbeitermassen.“*

Klarer als bei all den reformistischen Tageszeitungsredakteuren kommt im obigen Satz eines „linken“ Sozialdemokraten, Dr. A. Braunthal, die Meinung der Gewerkschaftsbürokratie in der Erwerbslosenfrage zum Ausdruck. Die Reformisten betreiben den Aufstieg der (kapitalistischen!) Wirtschaft selbst auf die Gefahr der dauernden Verelendung der Massen hin. Sie glauben an die Möglichkeit der Gesundung des deutschen Kapitalismus und halten es für notwendig, diesen „Gesundungsprozeß“ trotz seiner gefahrvollen Auswirkungen für die Arbeiterklasse zu fördern. Um aber ihren Mitgliedern, die auf die Durchführung ihrer Forderungen im Interesse der Arbeitslosen drängen, das schmachliche Spiel nicht zu offenbaren, werden die aller-möglichsten kleinbürgerlichen „Theorien“, unter ihnen besonders aus dem vorigen Jahrhundert bekannten und von Marx schon längst erledigten „Sumpfb Blüten“, die die baldige Gesundung der deutschen Wirtschaft und die Möglichkeit einer kapitalistischen Lösung der Erwerbslosenfrage „be-weisen“, herausgekratmt. Es wird an die „Vernunft“ der deutschen Bourgeoisie appelliert! Man bittet die deutschen Unternehmer in unzähligen Denkschriften, Aufrufen und Artikeln, „in ihrem eigenen Interesse die Löhne zu erhöhen, damit die Kaufkraft steigt und so die Erwerbslosen in den Produktionsprozeß wieder eingereiht werden können“.

Für jede gewerkschaftliche Frage, für jede Tagesfrage überhaupt, finden die Gewerkschaftsspitzen keinen anderen Ausweg, als einen Appell an die Regierung und andere Behörden.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Appelle ihre Wirkungen verfehlten. Verdrängen sie nicht den wachsenden Kampfwillen der Arbeiterschaft, so vermögen sie ihn doch zu schwächen. Aber auch in der Frage der Arbeitslosenversicherung beweisen die Gewerkschaftsführer, daß sie bereit sind, für die Forderungen der Unternehmer gegen die Erwerbslosen einzutreten. So schreibt das offizielle Organ des ADGB**.

„Gewerkschaften und Regierung wünschen die baldige Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Eine Arbeitslosenversicherung ohne Begrenzung der Unterstützungsdauer ist nicht denkbar.“

Ebenso erklärt Th. Leipart, der 1. Bundesvorsitzende des ADGB, in einem Artikel über „Rationalisierung und Gewerkschaften in Deutschland“*** folgendes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz:

* „Die ersten Besserungssymptome“ im „Gewerkschaftsarchiv“, Jena, Juni 1926.

** „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 35, 1926.

*** „Presseberichte des IGB, Amsterdam“, Nr. 32, 1927. (Wirtschaftliche Beilage.)

„Jede Rationalisierung verringert die Zahl der Arbeitskräfte solange, bis der vergrößerte Absatz an der gleichen oder an anderer Stelle die Einstellung neuer Arbeitskräfte ermöglicht. Das ist ein Vorgang, der unvermeidlich ist. Notwendig ist es aber, die Arbeitslosen solange zu unterstützen, bis sie wieder in den Arbeitsprozeß aufgenommen werden. Eine gute Arbeitslosenversicherung ist also eine unabweisliche Ergänzung des Rationalisierungsvorganges. Den Bemühungen der deutschen Gewerkschaften ist es endlich gelungen, daß am 1. Oktober d. J. die vom Reichstag beschlossene Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt. Freilich ist sie noch mit manchen Fehlern behaftet, aber wir können trotzdem mit Befriedigung sagen, daß im Prinzip unsere Forderung verwirklicht worden ist.“ (Sperrungen von mir! P. R.)

Es muß ein Blick auf den von der Sozialdemokratie im Reichstag zur Arbeitslosenversicherung gestellten Antrag geworfen werden, um zu wissen, wann Leipart und die reformistischen Gewerkschaftsführer vom Gesetz vollauf „Befriedigung“ hätten. Die SPD schlug vor, als der Regierungsentwurf zuerst nur sieben Lohnklassen aufwies, zwölf Lohnklassen, und zwar — das ist bezeichnend für die Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiteraristokratie — die letztere mit einem wöchentlichen Arbeitsverdienst von mehr als 100 Mark einzuführen. In den unteren Stufen ließ der sozialdemokratische Entwurf den Regierungsvorschlag bestehen.

Wir können mit Bestimmtheit sagen, daß keine 2 Prozent der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands einen Wochenlohn von über 100 M. aufweist. Der SPD-Vorschlag ist daher sehr beachtenswert für diese bürgerliche Arbeiterpartei und für die reformistischen Gewerkschaftsführer, die vorgeben, vier Millionen Arbeiter zu vertreten! Noch bezeichnender ist, daß die Rechtsblockregierung, die sonst selbst die minimalen sozialdemokratischen Vorschläge unbeachtet läßt, ihren Entwurf geändert hat und sogar 11 Lohnstufen einführte. Bezeichnend für die „linken“ Sozialdemokraten ist, daß mit Ausnahme des verstorbenen Robert Dißmann, der sich einmal gegen diesen ADGB-Vorschlag wandte, auch sie für die Arbeitslosenversicherung eintreten. So schrieb Toni Sender, die sonst so „linke“ Phrasen drischt, in der „Dresdener Volkszeitung“ vom 14. November 1925:

„Die derzeitige Regelung hat solche ungeheuren Mängel, daß wir in jedem Fall eine gesetzliche wirkliche Arbeitslosenversicherung dem jetzigen Zustand vorzuziehen haben.“

Auch Aufhäuser, der sich auf dem Kieler Parteitag der SPD so „radikal“ gebärdete und als Sprecher der „Linken“ auftrat, erklärte im Dezember 1925 im Anschluß an die seinerzeitige ungenügende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung:

„Die Sozialdemokratie hat angekündigt, daß sie nach diesem Ergebnis den Kampf (!) für eine Reform der Erwerbslosenfürsorge und der beschleunigten Schaffung einer Arbeitslosenversicherung sofort wieder aufnehmen wird.“

Auf der ganzen Linie zeigt es sich, daß die Behandlung des Erwerbslosenproblems durch die SPD wohl am reaktionärsten ist. Besonders bezeichnend ist doch die unveränderte Haltung der Gewerkschaftsbürokratie zur Einreihung der Erwerbslosen in die Freien Gewerkschaften. Sie weigern sich stets, die Erwerbslosen aufzunehmen, da sie sie sehr fürchten. Weit weniger als auf irgendeinem anderen Gebiet wollen die Reformisten selbst

die geringste Besserung für die Erwerbslosen erkämpfen. Wenn sie aber in ihren Tageszeitungen (besonders die „Leipziger Volkszeitung“ ist hierfür bekannt) so schreiben, als ob sie für die Interessen der Erwerbslosen eintreten, wenn sie im Reichstag oder in den Landesparlamenten radikale Reden für die Arbeitslosen schwingen, so geschieht dies nur, um einen Zustrom der Erwerbslosen zur Kommunistischen Partei aufzuhalten. In Wirklichkeit helfen sie den Plänen der Unternehmer, die auf eine brutale Preisgabe der Erwerbslosen, ihre Zersplitterung und Dienstbarmachung für Streikbrecherarbeiten usw. hinauslaufen.

Die Aufgaben der Kommunistischen Partei zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Zu den praktischen Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit schrieben wir Ende vorigen Jahres:

Es ist unbedingt notwendig, die noch im Betrieb Stehenden darüber aufzuklären, daß ein Zusammengehen mit den Erwerbslosen im täglichen Lohnkampf, bei Streiks usw. unumgänglich ist, da die Unternehmer die Arbeitslosen als Lohndrücker, Streikbrecher auszunützen versuchen werden. Andererseits, was sich hieraus ergibt, ist nach Möglichkeit eine Organisation der Erwerbslosen zu Kämpfen ohne jegliche Verbindung mit den Betrieben zu vermeiden. Dies besonders bei großen Aktionen, da sich bei solchen die schon ökonomisch bedingte Kluft zwischen diesen Schichten der Arbeiterklasse gefahrvoll vergrößern könnte.

Bei der Aufstellung der Forderungen, die speziell der Sammlung der Erwerbslosen dienen, steht die Partei vor völlig neuen Fragen und Aufgaben. Noch nie hat die deutsche Partei in der Praxis die Taktik, die von der revolutionären Führung des Proletariats bei einer chronischen Arbeitslosigkeit und dazu noch in einer Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus eingeschlagen werden muß, zu prüfen gehabt. Wohl können und müssen hier Erfahrungen, besonders in der Einheitsfronttaktik und der Gewerkschafts- sowie Parlamentsfrage herangezogen werden. Die Aufgaben in der Erwerbslosenfrage müssen aber — natürlich entsprechend der eingeschlagenen und sich als richtig erwiesenen Taktik der Partei in den allgemeinen Fragen — völlig neu dargelegt werden. Nur einmal seit dem Bestehen der deutschen Partei hatte sie sich mit der Erwerbslosenfrage in einem großzügigen Maße praktisch zu beschäftigen —, im Jahre 1923. Damals aber trug die Arbeitslosigkeit einen anderen Charakter. Sie war relativ kurzfristig; sie erreichte trotz der hohen Zahl nicht annähernd die heutige. Die Massen, insbesondere die Erwerbslosen, waren für die Parolen der Partei empfänglicher. Man hatte radikale und spontane Ausbrüche der Erwerbslosen sehr oft zu verzeichnen. . . .

Der Charakter der heutigen Arbeitslosenarmee ist ein anderer. Ihre Mitglieder sind zu einem großen Teil ein bis drei Jahre erwerbslos. Große Teile haben den Glauben an den Kampf aufgegeben. Sie nehmen alles „gleichgültig“ hin und sind für Kämpfe schwer erziehbar. Erfreulicherweise stellen sie nicht den größten Teil der deutschen Erwerbslosen dar. Jedoch besteht bei den meisten von ihnen eine leicht verständliche Abneigung gegen abstrakte, weit hinausschweifende Forderungen, gegen „Zukunftsparolen“.

Sie stehen im Defensivkampf und müssen erst zur Offensive erzogen werden. Ihr Kampfesmut kann am besten nur durch erfolgreiche Verteidigungskämpfe gestärkt werden. Jede Niederlage schwellt die Reihen der „Hoffnungslosen“ an.

Eine genaue Betrachtung dieses stets im Auge zu haltenden Unterschiedes zwischen der früheren Arbeitslosigkeit und der heutigen ergibt für die Partei die Einschätzung der bedeutendsten Aufgaben der Gegenwart in der Erwerbslosenfrage. Die Aufstellung minimaler Forderungen für die Erwerbslosen und ihre erfolgreiche Durchführung führen zu einer Steigerung dieser Forderungen. Die Erwerbslosen werden „anspruchsvoller“. Im engsten Kontakt mit den im Betrieb Stehenden können so „die allgemeinen Interessen des ganzen Proletariats in seinem Kampf um die Befreiung vertreten werden“, die Aufgabe, die Marx und Engels den Kommunisten als wichtigste stellten.

Eine bedeutende Frage im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit bildet die Stellung der Kommunisten zu den von den Regierungen und Parlamenten vorgenommenen Maßnahmen und Plänen. Die reaktionäre Marx-Brauns-Regierung, um ihre Pläne zur Unterdrückung der Erwerbslosen besser verschleiern zu können, kann unter Umständen Maßnahmen beschließen, die wahrscheinlich formell auf eine Besserung der Lage eines Teils der Erwerbslosen für kurze Zeit hinausgehen. Hierfür können nicht allgemeine Richtlinien dargelegt werden. Die Stellung der Partei ergibt sich aus der gegebenen Situation, aus den Konsequenzen solcher Maßnahmen oder Anträge in den Parlamenten usw. So ist zum Beispiel die Stellung der Partei zur Frage der erwähnten Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in die Versicherungsversicherung, die absolut ablehnend ist, entschieden richtig. Die Versicherung bedeutet, selbst wenn sie die Bezüge für einen Teil der Erwerbslosen erhöhen würde, eine Abwälzung der gesamten Lasten der permanenten Arbeitslosigkeit auf die Arbeiterklasse. Die Stellung der Partei darf aber keinesfalls auf eine Stützung der heutigen Erwerbslosenunterstützung hinausgehen. Die Partei kämpft entschieden für die Abwälzung der Ausgaben für die Erwerbslosen auf die herrschende Klasse. Die Richtigkeit dieser Linie wird bekräftigt von folgendem Beschluß des Kongresses der II. Internationale 1910 in Kopenhagen:

„Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.“

Sie tritt weiter ein für die Erhöhung der Unterstützungssätze und Verlängerung der Dauer

Gleichzeitig muß aber gefordert werden die Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Interesse der Gesamtarbeiterklasse. Die Partei hat diesen Kampf um die täglichen, minimalen Forderungen aufgenommen, jedoch nicht im verdienten Maße in den Vordergrund gestellt. Als täglich zu fordernde minimale Forderungen im Interesse der Gesamtarbeiterklasse sind nicht nur die Forderungen nach Erhöhung der Unterstützungshöhe und Dauer zu stellen, sondern auch solche wie die Wiedereinführung des Achtsturentages in der gesamten Industrie (es

wird wahrscheinlich in nächster Zeit sogar notwendig sein, die Forderung des Sechsstudentages zu erheben), Verbot jeglicher Ueberstundenarbeit, Prüfung der angeordneten Betriebsstillegungen durch Kommissionen, die von den Gewerkschaften zu bilden sind, Verbot weiterer Stillegungen; kurz, Forderungen zu stellen, die unmittelbar sowohl die Forderungen der Arbeitslosen wie auch der im Betrieb Stehenden sind.

Diese Forderungen sowie der gesamte Kampf dürfen ebenfalls nicht losgelöst von den Gewerkschaften geführt werden. Jede Forderung, die von der Partei aufgestellt wird, muß auf den Versammlungen der gewerkschaftlichen Körperschaften zur Sprache gebracht werden. Ebenso muß der Kampf um die Ermöglichung der Organisierung der Erwerbslosen in den Freien Gewerkschaften fortgesetzt werden. Die Bürokratie fürchtet die Erwerbslosen. Die Organisierung der Arbeitslosen in den Gewerkschaften würde diese Organisationen den täglichen Kämpfen noch näher bringen; sie würde den Bürokraten Aufgaben geben, die ihnen unmöglich machen würden, in der bisherigen, reformistischen Art die Forderungen der Arbeiter abzutun. Der Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen kann nicht durch Verhandlungen mit den Unternehmern wie bei Lohnkonflikten geführt werden, sondern zwingt die Gewerkschaften zum Kampf gegen den Staat, den die reformistischen Führer stets bejahen. Außerdem erscheint die Behandlung der Erwerbslosen nach „Berufsgruppen“ selbst für die Gewerkschaftsbürokraten mit der Zeit höchst lächerlich. Die Erwerbslosen haben in jeder Berufsgruppe dieselben Interessen. Dies verhilft der Herbeiführung der angestrebten Konzentration der Gewerkschaftsverbände.

Zum Schluß wollen wir noch auf eine nicht unwichtige Kampfbasis für die Erwerbslosen hinweisen: Viel zu wenig und erfolglos wurde bisher in den einzelnen Kommunen, wo die Partei häufig zusammen mit der SPD die Mehrheit hat, für die Erwerbslosen gearbeitet. Hier ist eine Gelegenheit, wo im kleinen Rahmen den Arbeitslosen bewiesen werden kann, daß die Partei für sie kämpft; wo durch praktische und leicht ersichtliche Arbeit der Einfluß der Partei verstärkt und wo nicht zuletzt die Sozialdemokraten am besten entlarvt werden können. Nur sind hier die Gefahren sehr groß. Diese können nur durch die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik beseitigt werden.

Diese Zeilen wurden vor etwa einem Jahre geschrieben. Heute sind zwei wichtige, neuere Erscheinungen zu verzeichnen:

1. Die Annahme des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, 2. der Rückgang der Erwerbslosigkeit in Verbindung mit der Hochkonjunktur. Trotzdem ist das früher Dargelegte, das die prinzipiellen Aufgaben der KP behandelt, aufrecht zu halten. Nur ist selbstverständlich der Kampf um die Interessen der Erwerbslosen nicht so in den Vordergrund gestellt, wie etwa im Vorjahre. Gegenwärtig gilt es, in erster Linie den Kampf um den Achtstudentag und höhere Löhne zu führen. Dieser Kampf nimmt jetzt breitere Formen an und es ist zu erwarten, daß die Gewerkschaftsopposition mit ihren Forderungen in den kommenden Wirtschaftskämpfen bei den breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft Anklang finden wird.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit führte aber mehr oder weniger zu einer

Interesselosigkeit in der Partei für die Arbeit unter den Erwerbslosen. So ist zu verzeichnen, daß einige Erwerbslosenzeitungen, die im vorigen Jahre ins Leben gerufen wurden, ihr Erscheinen eingestellt haben. Des weiteren — was noch wichtiger ist — sind, wie die Gewerkschaftsresolution der letzten Plenarsitzung des ZK der KPD ausdrücklich feststellt, in einigen Orten die Erwerbslosenausschüsse eingegangen. Kurz, der Rückgang der Arbeitslosigkeit wurde von der Parteimitgliedschaft häufig zur Ursache einer Außerachtlassung, daß eine Million noch vorhandener Erwerbsloser eine große Schicht ist, die von einer revolutionären Partei verlangt, für ihre Interessen einzutreten und die für die Arbeitskämpfe der gesamten Arbeiterschaft keine unwesentliche Rolle spielt. In dieser Richtung hin muß jetzt die Arbeit der Partei in der Erwerbslosenfrage vor sich gehen, damit nicht erst dann, wenn ein erneutes Ansteigen der Erwerbslosenziffern eintritt, ohne genügende Vorbereitung die verstärkte Arbeit von neuem beginnen soll. Schon heute sind die eingegangenen Erwerbslosenzeitschriften wiederum herauszugeben, die Ausschüsse wieder herzustellen. Dies auch darum, weil mit dem Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes am 1. Oktober die Gefahr der Zersplitterung in den Reihen der Erwerbslosen sehr groß ist.

Sehr wichtig ist, daß ein riesig großer Teil der Erwerbslosen aus Arbeitern besteht, die infolge ihres hohen Alters aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden wurden, da sie nicht die geeigneten Ausbeutungsobjekte der rationalisierten Betriebe sein konnten. Wir wollen hierfür an dieser Stelle nur einen Ausschnitt aus einem größeren Artikel* eines bürgerlichen Arztes bringen, in dem es heißt:

„Das Entscheidende ist jedenfalls, daß die überwiegende Zahl dieser Arbeitslosen kaum je wieder auf Arbeit rechnen kann, da es sich in einem hohen Prozentsatz um ältere Leute handelt, die das verschärfte Tempo der rationalisierten Arbeit nicht mitmachen können.

Ich habe es mehrfach erlebt, daß aus einem Betriebe alle Arbeiter über fünfzig Jahre entlassen werden mußten, weil sie der Werkleitung nicht mehr genügten. Die Entlassenen haben dann fast immer Antrag auf Invalidenrente gestellt — in der Mehrzahl „ohne Erfolg“, „weil sie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch mehr als ein Drittel des üblichen Lohnes verdienen könnten“. Ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser abgewiesenen Rentenansprecher erhielt aber auch keine Arbeitslosenunterstützung, weil das Arbeitsamt „Arbeitsunfähigkeit“ annahm.“

Es kommt für die Partei auch darauf an, durch die Erwerbslosenausschüsse und Gewerkschaften die Interessen besonders dieses Teils der Erwerbslosen zu vertreten, indem

1. der Kampf in den Betrieben gegen die Entlassung der älteren Arbeiter aufgenommen wird (bei gleichzeitigem Kampf gegen das verschärfte Antrieber- und Akkordsystem),

2. im Reichstag, in den Landesparlamenten und Gemeinden sozialpolitische Gesetze zur Verbesserung der Lage dieser Erwerbslosen gefordert werden.

Es ist, wie schon gesagt, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit für Mitte 1928 zu erwarten. Daher kommt es heute für die deutsche Partei darauf an, die Verbindung mit den erwerbslosen Massen aufrecht zu halten, die wich-

* Dr. Arthur Mayer: „Soziale Folgen der Wirtschaftsrationalisierung“ in der „Vossischen Zeitung“, Berlin, 7. September 1927.

tigste Tagesforderungen der Arbeitslosen in Zusammenhang mit den allgemeinen Forderungen der Gesamtarbeiterschaft zu bringen und sie zu Kampflosungen zu machen. Nur so können die Interessen der „Rationalisierten“ wahrgenommen werden, so daß auch auf diesem Wege das Vertrauen der werktätigen Massen zur revolutionären Partei und ihren Kämpfern wächst.

N. L.:

VERGESSENE WORTE

„Sinowjew und Kamenew gegen die trotzkistische Opposition.“ „Die Logik des Fraktionskampfes.“ 195 S. (Verlag „Moskauer Arbeiter“.)

Die Geschichte des innerparteilichen Kampfes in der KPSU ist, seit Brest, in erster Linie die Geschichte des Kampfes zwischen dem Leninismus und dem Trotzkismus. Unter anderen Umständen hätte dieser Kampf schon längst zur Bildung einer zweiten trotzkistischen Partei geführt. Aber dank der Alleinherrschaft der bolschewistischen Partei konnte dieser innerparteiliche Kampf nur zur Bildung von mehr oder weniger geschlossenen trotzkistischen Kaders führen. Diese Kaders wurden gebildet einerseits von früheren Bolschewiken — meistens waren es Trotzkis Kampfgenossen aus der vorrevolutionären Zeit —, andererseits von der kleineren bolschewistischen Gruppe, die schon vor Brest in dieser oder jener Form sich in „Linksheit“ vergangen hatte. Die trotzkistischen Kaders formten sich zum erstenmal während der Gewerkschaftsdiskussion im Jahre 1920/21, d. h. sie formten sich im Kampf gegen Lenin; als vollendete Fraktionskaders traten sie aber erst in der Diskussion 1923/24 auf. Während dieser Diskussion 1923/24 stand der Einfluß des Trotzkismus auf seiner Höhe. Lenins Krankheit, die mit der Inflation verbundenen Schwierigkeiten, die „Schere“, das Vorhandensein vieler unerprobter junger Kräfte in der Partei, die den alten Trotzki nur vom Hörensagen kannten und den Trotzki der Bürgerkriegsperiode vor Augen hatten, — alle diese Umstände bildeten Voraussetzungen zu einem gewissen Erfolg der trotzkistischen Attacke während den ersten Etappen der Diskussion. Ende 1923 hatten die Trotzkisten die Mehrzahl der höheren Schuljugend und eine Reihe von Moskauer Arbeiterzellen hinter sich.

Der Erfolg des Trotzkismus konnte aber nur vorübergehend sein. Die Richtigkeit der wirtschaftlichen Politik des Leninschen ZK wurde durch die Entwicklung schon im Laufe des nächsten Jahres bestätigt. Die 1923 oppositionell gestimmten Parteimassen, durch die Diskussion zu einem vertieften Studium der ganzen Geschichte des Kampfes zwischen dem Trotzkismus und dem Leninismus angeregt, überzeugten sich in der Praxis, wie irrig Trotzki's Standpunkt war, und schüttelten die trotzkistische Krankheit leicht von sich ab. In den höheren Schulen (z. B. in der 1. Moskauer Universität, in dem Institut für Volkswirtschaft usw.), wo die Trotzkisten früher die überwiegende Mehrheit hinter sich hatten, konnte jetzt der oppositionelle Block auf den tausendköpfigen Versammlungen kaum zwei bis drei Dutzend Stimmen gewinnen. Ganz zu schweigen von den Arbeiterzellen.

Genosse Kamenew und Genosse Sinowjew spielten in diesem Kampf mit dem Trotzkismus, mit der trotzkistischen Fraktion, eine ehrenvolle Rolle. Ihre Reden und ihre Artikel halfen Tausenden von Genossen, die trotzkistische Krankheit zu überwinden. Auch heutzutage können diese Reden und diese Artikel als wertvolles Mittel in dem Kampf mit dem Trotzkismus verwendet werden. Das vorliegende Sammelwerk, das die Hauptgedanken dieser Artikel und Reden enthält, kann nicht nur als Anklageschrift gegen ihre Verfasser selbst gelten, sondern auch als Anklage gegen die trotzkistische Opposition, deren Teil sie jetzt bilden.

Trotzkis Anhänger in den Sektionen der Komintern mißbrauchen auf jede mögliche Art den Uebergang der Genossen Kamenew und Sinowjew in die Reihen der Trotzkiisten, indem sie ihre Angehörigkeit zu den „alten“ Bolschewiken betonen. Dagegen bemüht sich der „Sinowjew“-Flügel (z. B. die Maslowleute in Deutschland) eifrigst, zu beweisen, daß nicht Sinowjew und Kamenew es waren, die vor dem Trotzkiismus kapitulierten, sondern das Trotzki sein bolschewistisches Kanossa gefunden habe.

Das vorliegende Sammelwerk richtet die Einen wie die Anderen. Es beweist, daß Sinowjew und Kamenew als Bolschewisten und „Leninisten“ nicht zu Trotzki übergehen konnten. Es beweist, daß Sinowjew und Kamenew die Umwandlung der trotzkiistischen Fraktion* in einen Teil der leninistischen Partei selbst für unmöglich hielten.

Der Bolschewik Sinowjew erklärte:

„Wer behauptet, daß der Trotzkiismus „eine berechtigte Nuance“ der bolschewistischen Partei werden kann, der hört selber auf, Bolschewik zu sein. Wer jetzt im Bündnis mit Trotzki, mit demjenigen Trotzki, der offen gegen den Bolschewismus auftritt, die Partei aufbauen will, der wird den Grundlinien des Leninismus untreu.“

Der Bolschewik Sinowjew sah ein, daß die Wege des Trotzkiismus sich immer mehr von denen des Leninismus entfernen.

„Woher kommt diese äußerliche Buntheit? Sie ist dadurch zu erklären, daß der politische Einfluß des Genossen Trotzki noch nicht zu Ende ist. Sie ist dadurch zu erklären, daß die rückläufige Entwicklung des Genossen Trotzki sich unter den besonderen Umständen einer Uebergangsperiode vollzieht. Die Abkehr des Genossen Trotzki vom Bolschewismus gilt ja nicht dem Bolschewismus „im allgemeinen“, sondern dem Bolschewismus in der Uebergangsperiode der NEP.“

Der Bolschewik Sinowjew enthüllte den strategischen Kunstgriff des Trotzkiismus: die Abkehr vom Leninismus unter der Fahne des Leninismus:

„Sie (die Trotzkiisten. Verfasser) revidieren den Leninismus „in Lenins Namen“ — indem sie sich auf Zitate aus Lenin berufen und den Grundprinzipien des Leninismus Treue schwören (in solchen Fällen pflegte der verstorbene Wladimir Iljitsch zu sagen: „Wie kommt es, daß Sie so fleißig sind im Schwören?“). Diese Strategie wird aber nichts nützen. Die leninistische Partei hat sie schon durchschaut. In wenigen Wochen werden alle Spatzen auf den Dächern sich über diese merkwürdige Strategie unterhalten. Eine Kleinigkeit hat Genosse Trotzki nicht berücksichtigt: daß unsere Partei leninistisch ist, und daß sie, stellen Sie sich vor, schon derartig gereift ist, daß sie den Leninismus vom Trotzkiismus zu unterscheiden versteht. Trotzki hat für seinen Anschlag untaugliche Mittel gewählt.“

Die Bolschewiki Sinowjew und Kamenew konnten sich an Trotzki Block nicht beteiligen, da sie die Partei lehrten, der Trotzkiismus neige dazu, sich zum rechten Flügel der KPSU und der KI umzuwandeln, der Trotzkiismus sei ein Kanal geworden, der die antiproletarischen Ideen der Partei zuführe.

Im November 1924 erklärte zum Beispiel Genosse Kamenew, indem er die objektive Bedeutung der trotzkiistischen Kritik analysierte:

„Ich sage das mit Bitterkeit, und die ganze Partei wird das mit Bitterkeit sagen, aber sagen muß man es: Genosse Trotzki ist zu dem Kanal geworden, durch den die bürgerliche Gesinnung sich innerhalb unserer Partei geltend macht. Der ganze Charakter seines Auftretens, seine ganze historische Vergangenheit beweisen, daß es so ist: in seinem Kampf gegen die Partei ist er fürs ganze Land ein Symbol geworden für alles, was gegen unsere Partei gerichtet ist. Das muß Genosse Trotzki in erster Linie selbst verstehen. Wird er das verstehen und die nötigen Folgerungen daraus ziehen, dann ist alles wieder gutzumachen. Ober will, oder nicht (sicher will er das nicht), aber er dient für alle, die den Kommunismus als ihren Haupt-

* Der eifrigste „Neuoppositionelle“ wird zugeben müssen, daß die trotzkiistische Fraktion unversehrt geblieben ist, mag er auch selbst inzwischen Trotzkiist geworden sein.

feind betrachten, als Symbol der Bestrebungen für die Befreiung vom Joch der Kommunistischen Partei.“

„Vor uns“ — sprach Genosse Kamenew:

„befindet sich eine politische Figur, die stets in Opposition zur Partei steht, die systematisch die Autorität des Bolschewismus, seiner leitenden Zentren, die Lenins Autorität selbst unterwühlt, und die allmählich zum Symbol und zur Hoffnung für antikommunistische Elemente wird.“

Man wird sagen, nach der Diskussion 1923/24 seien neue Fragen, neue Schwierigkeiten entstanden. Aber die Führer des ZK, auch Genosse Sinowjew, haben mit der Möglichkeit dieser Schwierigkeiten gerechnet. Gerade aus dem Grunde verlangte Genosse Sinowjew von Genossen Trotzki während der 13. Konferenz Garantien dafür, daß er keine neue Attacke unternehmen werde.

„Trotzki sagte: „Die Schwierigkeiten werden noch kommen. Also, alles, was wir von Ihnen wollen ist—die Lage zu klären.“ Die Schwierigkeiten werden noch kommen. Wenn sie auf dem finanziellen Gebiet auftreten, oder wenn auf dem wirtschaftlichen Gebiet irgendeine neue „Schere“ entsteht (wir wissen noch nicht, wie die diesjährige Ernte sein wird), oder wenn sie in der Außenpolitik entstehen, dann, sagen Sie, wo, auf welcher Seite werden Sie dann sein? Erinnern Sie sich daran, was die Opposition mit der „Schere“ gemacht hat? Diese „Schere“ hat sie gegen das ZK unserer Partei geschliffen. Das weiß jeder.“ (S. 160.)

„Wir verlangen eine Garantie dafür daß diese künftigen Schwierigkeiten, ... die sich wiederholen können, nicht zum Zwecke eines neuen Angriffs gegen die Partei ausgenutzt werden.“ (S. 161.)

Und gerade aus dem Grunde, weil Genosse Sinowjew neue Schwierigkeiten vorausahnte, verlangte er eine hundertprozentige bolschewistische Einheit.

„Es ist also klar, daß, falls die Schwierigkeiten kommen, daß sie dann aufs Empfindlichste die Gesinnung der Volksmassen beeinflussen werden. Das muß man sich merken und sich noch enger vereinigen. Das ist der Schluß. Eine hundertprozentige bolschewistische Einheit ist notwendig.“

Diese Erklärungen vom Genossen Sinowjew richten sich jetzt gegen ihn selbst. Wer hat denn die hundertprozentige bolschewistische Einheit zerstört, wenn nicht die neue Opposition? Hat denn der oppositionelle Block nicht jede Schwierigkeit ausgenutzt zum „neuen Angriff gegen die Partei“?

*

Das vorliegende Sammelwerk bietet ein ausgezeichnetes Material zur Abwehr der Opposition in allen Fragen. Besonders einleuchtend ist aber das Material, das die Frage der innerparteilichen Demokratie erörtert.

Die heutige Opposition versucht die KPSU (und auch die ganze Komintern) als eine Schafherde, als Stimmvieh darzustellen. Diese Angriffe gegen die Partei sind nicht neu. Sie wurden auch von der Opposition 1923 gemacht. Genosse Sinowjew und Genosse Kamenew haben damals diesen Angriffen eine feste Abwehr entgegengesetzt. Genosse Laschewitsch sagte auf der 13. Parteikonferenz folgendes:

„Sie sagen, die Partei wandle sich in eine Partei eingeschüchterter Menschen um. Wir sollten es unterlassen, so etwas auf einer Parteikonferenz auszusprechen. Meinen Sie denn, daß man eine Partei von 400 000 Menschen (noch weniger von einer Million Menschen) einschüchtern und zum Schweigen bringen kann? Hören Sie auf, Nichtigkeiten zu sprechen und die Partei zu verleumden. Die Partei versteht es, die entsprechenden Worte zu finden, wenn es nötig ist und nicht dann, wenn Sie es gerne möchten, Genossen aus der Opposition.“

Ebenso empört zitierte Genosse Kamenew (in seiner Rede vom 6. Dezember 1923) die Worte der Opposition über das „Stimmvieh“.

„Die Partei hat viele Fehler, aber derjenige, der erklärt, der Parteiapparat habe die Partei zum Stimmvieh umgewandelt, der sollte auch sagen: und wie versteht dieses Stimmvieh die rote Fahne in seinen Händen zu halten!“

Die Reden über die „zwei Etagen“ charakterisierte Genosse Sinowjew als „vergiftete Waffe gegen die Partei“. Was soll man nun von der heutigen Opposition, die in ihren Angriffen auf die Partei die Opposition von 1923 reichlich überholt hat, sagen?

Die heutige Opposition verlangt ein Regime der innerparteilichen Demokratie, bei dem die Fraktionen und Gruppenbildungen legalisiert wären. Die heutige Opposition bildet solche Fraktionen, ohne sich hindern zu lassen, bildet sie in erster Linie in Moskau und in Leningrad. Inwieweit diese desorganisatorische Politik Lenins Vermächtnis entspricht, können wir aus den folgenden Erklärungen der Genossen Sinowjew und Kamenew ersehen.

In der Hitze der Diskussion 1923 wandte sich die Leningrader Organisation der KPR an die Partei mit einem Brief (den Sinowjew geschrieben hatte). In diesem Brief stand unter anderem folgendes:

„Die bolschewistische Partei kann nicht zum Konglomerat von Fraktionen, Gruppen, „Strömungen“, Nuancen usw. werden. Das Zentralkomitee unserer Partei kann sich nicht in ein „Meinungs-Parlament“ umwandeln. Die kommunistische Partei, die den Staat verwaltet, kann nicht eine Arche Noah werden.“

Man kann erwidern, daß diese Worte auf bestimmte Umstände abzielten und daß sich jetzt die Zeiten geändert haben. Es liegen aber Erklärungen vom Genossen Sinowjew vor, in denen er die Idee von Fraktionen für die ganze Epoche der proletarischen Diktatur nicht gelten läßt. In seiner Rede vom 11. Dezember 1923 sagte er:

„Daher bitten wir sie, die Moskauer Organisation, nur eine klare und genaue Antwort zu geben. Meinen sie, daß es Zeit ist, die Fraktionen und Gruppen zu legalisieren, dann sagen sie es offen. Wir glauben, diese Zeit sei nicht gekommen und werde überhaupt während der Periode der Diktatur des Proletariats nicht eintreten.“

Das sind goldene Worte. Warum hat sie aber Genosse Sinowjew jetzt vergessen? Warum hat er folgende Worte vergessen:

„Wir können niemandem erlauben und werden niemandem erlauben, nach der Formel zu handeln: „Und der Kater Wasjka hört zu und ißt“, d. h. du kannst Resolutionen verlesen, wir hören zu und gehen zur Tagesordnung über. Das darf in unserer Partei nicht sein. Sie wird niemandem erlauben, sich die „Freiheit“ der Fraktionen zu erobern, weil diese Frage Leben und Tod für unsere Partei bedeutet. Das versteht jeder Arbeiter, das werden auch die neuen hunderttausend Arbeiter verstehen, die in unsere Partei eintreten.“

Was ist das, Fraktion? Ein ausländisches Wörtchen. Was heißt es russisch? Fraktion — das ist ein Teil, ein Stück. Sie wollen unsere Partei zerstückeln. Das bedeutet, die Sowjetmacht zugrunde zu richten. Das heißt, den Kopf der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufs Spiel setzen. Aus diesen Gründen sagen wir, daß die Frage geklärt sein muß.“

An diese Worte müssen wir jeden oppositionellen Arbeiter erinnern, der damit unzufrieden ist, daß die KPSU einige alte Bolschewiken wegen der Einrichtung einer Geheimdruckerei aus der Partei ausschließt. Wir müssen jeden oppositionellen Arbeiter noch an die folgenden Worte des Genossen Kamenew erinnern:

„Alles hängt jetzt von Trotzki ab, was er machen wird, wie er reagiert. Die Partei wird sich danach richten, was für sie am vorteilhaftesten ist. Wird die Partei, nachdem sie die Sachlage nicht nur in der Partei, sondern im ganzen Lande und nach ihren außenpolitischen Wirkungen erwogen hat, zu dem Entschluß kommen, daß man einen Strich machen muß, dann wird sie einen Strich machen.“

So stellte Genosse Kamenew die Frage im Dezember 1924 nach dem literarischen Auftreten des Genossen Trotzki. Er stellte die Möglichkeit seiner Ausschließung aus der Partei wegen einer literarischen Attacke gegen das ZK auf die Tagesordnung. Wie heuchlerisch ist nun die Empörung der Opposition darüber, daß die Partei Oppositionelle, die eine geheime Druckerei organisieren und illegale Fraktionen bilden, ausschließen will?

* * *

Die Opposition bemüht sich gegenwärtig, eine internationale Organisation zu bilden. Ihre Anhänger führen (indem sie die Bedingungen der bürgerlichen Demokratie benützen, die die Opposition in der Zersetzung der Sektionen der KI unterstützt) eine tolle Attacke gegen die Sektionen der KI (es genügt, wenn man sich an das Auftreten der Maslow-Leute mit einer separaten Liste in Altona erinnert). Die Energie, die die Anhänger der Opposition zur Schwächung des Einflusses der Sektionen der KI aufwenden, kann sich mit der der reformistischen Bürokraten vergleichen. Diese Attacke gegen die Komintern und ihre Sektionen verschleiern die „orthodoxen Marxisten-Leninisten“ (jeder weiß ja, daß Ruth Fischer eine erprobte Marxistin ist) durch heuchlerische Phrasen über die Repressalien seitens des EKKI.

Jeder, der dieses Sammelwerk durchlesen wird, kann sich davon überzeugen, daß diese Phrasen heuchlerisch sind. Auf der 13. Parteikonferenz sagte Genosse Sinowjew zum Beispiel:

„Wir müssen hier, Genossen, bestimmt erklären, daß wir keinen Spaß erlauben werden, kein Zerren an den brüderlichen kommunistischen Parteien, keine Zerstörung der internationalen Disziplin, daß wir nicht erlauben werden, den Fraktionskampf in die Reihen der Komintern, der internationalen proletarischen Organisationen zu übertragen.“

Die Komintern wird ihre historische Mission bestimmt erfüllen, wenn wir solche Methoden, wie wir sie hier bei Radek gesehen haben, ausmerzen, wenn wir es nicht erlauben, die Methoden der Fraktionsbildung in eine Organisation von internationalem Maßstab zu übertragen. Nicht alle kommunistischen Parteien haben solch einen Apparat wie wir. Ich glaube, sie besitzen kein so hartes Knochengüst wie wir. Ich meine, jetzt ist es ganz klar, daß, wenn sich jemand auf uns, auf unseren Apparat stürzen will, daß er dann sicher eine Beule auf der Stirn kriegt. Die brüderlichen jungen kommunistischen Parteien sind noch nicht so gestählt, sie entbehren noch einen ähnlich soliden Apparat und eine solche Leitung, und bei ihnen kann man tatsächlich viel Unheil anstiften. Wir tragen eine große Verantwortung für diese Parteien.“

Unter stürmischem Beifall der Konferenz erklärte Genosse Sinowjew, daß die KPSU in diesem Kampfe mit den Fraktionen an ihrer Seite „alles, was in der Komintern proletarisch, revolutionär und gestählt ist“ haben wird.

Genosse Sinowjew hat sich nicht geirrt. Alles in der Komintern, was „proletarisch, gestählt und revolutionär ist“ kämpft jetzt mit der KPSU gegen die Versuche, Fraktionen zu bilden. Leider hat sich Genosse Sinowjew selbst, samt Radek, mit der Organisation von allem, was in der KI nicht proletarisch, nicht revolutionär und nicht gestählt ist, befaßt. . . Die Maslow und die Ruth Fischer in Deutschland, die Freis in Oesterreich, die Souvarines in Frankreich, die korrumpierten und ausgeschlossenen Elemente in der Tschechoslowakei, die von der Partei abtrünnigen Syndikalisten in Holland — das ist die Garde des oppositionellen Blocks im Westen.

Hat denn das Zentralorgan unserer österreichischen kommunistischen Bruderpartei nicht Recht, wenn es schrieb, daß die Solidarisierung Freis mit der Opposition für diese letztere eine ernste Mahnung sei?

* * *

Zusammenfassend wiederholen wir, daß das vorliegende Sammelwerk eine Anklage nicht nur gegen Sinowjew und Kamenew, sondern auch gegen den eigentlichen Führer der

Opposition, Trotzki, ist. Es ist notwendig, daß diese Anklage gegen Sinowjew-Kamenew ebenso wie gegen Trotzki möglichst schnell zur Verfügung der breiten Masse der Parteifunktionäre aller Sektionen gestellt wird.

Mit dieser Anklage wird jeder Funktionär Renegaten vom Schlage Souvarines, von dem Genosse Sinowjew auf dem 6. Plenum des EKKI sagte, daß er eine Briand-Arbeiterpartei aufbaue, ebenso wie den Renegaten vom Schlage Ruth Fischers und Maslows und ihren wenigen Nachbetern in den Reihen unserer Sektionen das Maul stopfen.